

b unabhängige **auernstimme**

Januar 2007

Nummer 296 – K 12858 / 3,00 €

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



Schwerpunkt

Bioschweinefleisch boomt. Die bestehenden Betriebe konnten die Nachfrage nicht decken. Jetzt steigt EDEKA mit einem 700er Sauenbetrieb ein und sorgt für Unruhe. **Seite 12-13**

Milchquote

In Deutschland sprechen viele vom Ausstieg. Doch wie ist die Stimmung in anderen EU-Ländern? Auch dort heißt es: Ohne Mengenregulierung keine höheren Milchpreise. **Seite 7**

Kritischer Agrarbericht 2007

Der Neue ist da! Auch diesmal wieder ein kritischer Blick auf Agrarpolitik von Bund und EU. Mit den Themen Gentechnik, erneuerbare Energien und vielem mehr, **Seite 20-21**

Die Seite 3

- Reform der Bundesforschung** 3
Die Universitäten der Zukunft 3

Agrarpolitik

- Zucker-Rechnung geht nicht auf** 4
 Reform führt nicht zur gewünschten Mengenreduzierung.
Landwirtschaft als Bewirtschaftung öffentlicher Güter 18
 EU-Agrarreformen schaffen eine Neuordnung der Landwirtschaft

Milch

- Milchquoten-Diskussion in anderen EU-Ländern** 7

Bewegung

- Anständig Abrocken** 8
 Schüler machen Musik gegen Rechts

Markt

- Holstein-Friesien über alles?** 10
 Entwicklung der Holsteinzucht und der Holstein-Zuchtverbände

Gentechnik

- Seehofers Eckpunkte** 11
 Wie die Bundesregierung der Gentechnik in Deutschland eine Zukunft verschaffen will.
Gen-Reis: Bayer beruft sich auf höhere Gewalt 11

Schwerpunkt

- Bioferkel ohne Ende** 12
 Neuer Öko-Ferkelproduzent: Mit 700 Sauen im Freiland
Bioschwein bei EDEKA 12
 EDEKA baut eigene Produktion auf
Biolandbau – Verkaufsargumente und Marktmacht 13
 Diskussion auf der Abl-Mitgliederversammlung zum Bioboom
Wachsen, Wandeln, Weichen! 14
 Über die Wirtschaftlichkeit im ökologischen Landbau

Nachbau

- Rechnungen ohne Details, bitte!** 15
 In Aufbereiterrechnungen sollten nur die nötigsten Informationen
Gouverneur von Parana enteignet Syngenta 15

Debatte

- Brasilien im Alkohol- und Biodieselausbruch** 16
 Eine offensive Politik für den Ausbau von Biotreibstoffen.

Weitere Themen

Aus Feld, Stall und Umfeld bei Josef Lirsch und Ludger Weiligmann, **Seite 9**; Landleben, **Seite 19**; Lesen, **Seite 20-21**; Anzeigen/Veranstaltungen/Kontakte, **Seite 22-23**

Inhaltsverzeichnis

Im Februar werden wir uns auf der BioFach treffen und uns an unseren Ivermeintlichen Erfolgen, den gewaltigen Umsatzsteigerungszahlen der Biobranche (20 Prozent in 2006) berauschen. Jetzt zur Weihnachtszeit sei es gestattet, besinnlich zu werden und einige kritische Fragen zur Entwicklung des Biomarktes zu stellen.

Der Erfolg macht es dem Kritiker nicht leicht. Scheinen doch die explodierenden Zuwachsraten der letzten zwei Jahre zu signalisieren: Alles richtig gemacht! Doch wenn man sich die Zahlen genauer anschaut, erkennt man schnell, dass der Umsatzzuwachs vor allem im konventionellen Lebensmitteleinzelhandel einschließlich den großen Discountern stattfand. An zweiter Stelle folgen die in den letzten Jahren neu entstandenen Biosupermärkte. Bei den traditionellen Bioläden wie auch den Hofläden der bäuerlichen Direktvermarkter zeigt sich jedoch ein ganz anderes Bild: Stillstand oder sogar dramatische Rückgänge. Gleichermäßen zweigeteilt ist die Stimmung in der Branche: euphorische Goldgräberstimmung bei den Einkäufern der großen Ketten, Depression und Sinnkrise bei den alten Ladnern und den Bäuerinnen und Bauern der ersten Stunde (den „alten Pionieren“ wie Bioland-Präsident Thomas Dosch sie nennt).

Ein ganz neues Phänomen: Bio kommt in der Mitte der Gesellschaft an und

entfernt sich von seinen Gründern. Wie konnte das so kommentar- und widerspruchslos passieren? Als wir 1983 unseren Betrieb umstellten, ent-

Kommentar**Pioniere oder Profis?**

schlossen wir uns, auch weiterhin Schweine zu mästen in der gewaltigen Größenordnung von 30 bis 40 Stück. In der damals noch kleinen Bioland-Gemeinde mussten wir uns heftig dafür rechtfertigen, dass wir damit doch die Nahrungsmittelkonkurrenten des Menschen hielten. Der damalige Fundamentalismus erscheint heute ziemlich weltfremd. Aber immerhin, es wurde jedenfalls ausgiebig diskutiert.

Heute wird der Einstieg der EDEKA mit ihrem Goldswien-Programm in den Bioschweinemarkt (s. S. 12-13) ohne Diskussion als großer Erfolg gewertet. Endlich ein namhafter Schweinevermarkter! Als hätte es bäuerliche Vermarktungsinitiativen wie z.B. Biofleisch West, die sich aus kleinen Anfängen als Ableger des Neuland-Zerlegebetriebes zu einem expandierenden Fleischvermarktungsunternehmen entwickelt hat, nie gegeben.

Goldswien fährt das Konzept eines zentralen Sauenbetriebes für sein Programm. Also wurde in Niedersachsen der entsprechende 750er-Sauenbetrieb(!) umgestellt. Lange Zeit herrschte extreme Knappheit an Bioferkeln. Nachdem ein solcher Großbetrieb auf dem Markt ist, haben die bäuerlichen Sauenhalter schlagartig Absatzprobleme.

Dieser Betrieb braucht von seinen 200 ha Umstellungsflächen allein rund 100 ha Grünland für die Freilandhaltung. Wie erreicht er auf den restlichen 100 ha schwachen Böden die nach Bioland-Richtlinie geforderten 51 Prozent Trockensubstanz des Futters vom eigenen Betrieb? Woher kommen die erforderlichen, nicht unerheblichen Strohmenen? Wie kann dieser Betrieb neben der Bio-Sauenhaltung auch noch 6.000 konventionelle Mastschweine erzeugen, wenn doch Teilumstellungen bei Bioland nicht erlaubt sind? Muss man nur schlau genug sein, um mit entsprechenden juristischen Konstruktionen saubere Betriebsteilungen vorzunehmen?

Natürlich können heute sämtliche Futtermittel in Bioqualität zugekauft werden. Gegenüber der hofeigenen Mischung aus eigenem Futtergetreide plus Zukaufkomponenten hat das Verfahren vermutlich sogar Preis- und Qualitätsvorteile. Einem Berufskollegen, der gerade seinen Betrieb umstellt, wurde genau aus diesem Grund von der Bioland-Beratung empfohlen, das eigene Futtergetreide zu verkaufen und Fertigfutter zuzukaufen.

Selbstverständlich bewegt sich das alles innerhalb der Verbandsrichtlinien. Aber ist es auch noch das, was mit ökologischer Landwirtschaft, mit angepasster Kreislaufwirtschaft und bäuerlichem Wirtschaften ursprünglich gemeint war? Nach wie vor heißt es in der Bioland-Satzung unter § 2 Ziele und Zwecke des Bundesverbandes: „Er setzt sich für die Erhaltung und Sicherung der Existenz der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe ein.“ Ist das noch die Realität oder geht es nicht längst darum, in einem expandierenden Markt den Handelspartnern die Rohstoffbasis zu sichern?

Wie sagt doch der Kölner Kabarettist Jürgen Becker so treffend über den Katholizismus? „Moral macht doch nur Spaß, wenn sie doppelt ist.“

Friedrich Ostendorff

Impressum

b unabhängige
bauernstimme

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/9 05 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;
Redaktion: Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper, Marcus Nürnberger; Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: redaktion@bauernstimme.de;
Verlag/ Aboverwaltung: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520
Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de
Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)
Abonnementpreis: 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich
Satz: Gebr. Wilke GmbH, Hamm
Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

Anfang August ist ein im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) erarbeiteter Entwurf für die Neuordnung der Agrarressortforschung öffentlich geworden.

Danach soll die Agrarforschung neu organisiert werden. In Zukunft sollen vier Bereiche: Tier, Pflanze, Ernährung & Lebensmittel und Ländlicher Raum das Dach der gesamten Forschung bilden. Dabei geht es nicht allein um eine Neustrukturierung, sondern auch um die Schließung von Forschungsstätten und den Abbau von Stellen. Betroffen sind unter anderem die Bundesforschungsanstalt für Tierschutz und Tierhaltung in Celle und die Bundesforschungsanstalt für Ökologischen Landbau in Trenthorst. Das Institut für Tierhaltung und Tierschutz war erst 2002 eröffnet worden. In Zukunft soll das Institut am Institut für Tiergesundheit in Mariensee angesiedelt werden. „Die Forschung im Bereich Tierschutz und Tierhaltung muss über rein gesundheitliche Fragestellungen hinausgehen. Sie als Unterabteilung des Institutes für Tiergesundheit anzusiedeln ist aus der Sicht des Tierschutzes zu eng gedacht und daher nicht gerechtfertigt.“ kritisiert Wolfgang Apel, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes.

Auch der ökologische Landbau soll, wenn sich der Entwurf durchsetzt, nach Mariensee umziehen. Deutschland verliert damit eines seiner Vorzeigebjekte auf dem Feld der Agrarforschung. Das Konzept des im Jahr 2000 neu gegründeten Instituts in Trenthorst orientierte

Reform der Bundesforschung

BMELV ordnet Ressortforschung neu und empfiehlt Reduktion der Standorte. Ökolandbau und Tierschutz werden aufgegeben

sich von Beginn an den Erfordernissen und Fragestellungen des Ökolandbaus. Der 400 ha große Betrieb wurde zu diesem Zweck in fünf Wirtschaftssysteme unterteilt: Milchvieh-, Schweine-, Mutterkuh-, Schafhaltung. An einem Standort können so die Einflüsse der unterschiedlichen Bewirtschaftungsformen auf Flora und Fauna, die Bodeneigenschaften und das Grundwasser erforscht werden. Darüber hinaus verfügt Trenthorst inzwischen über ein gut ausgebautes Netzwerk zu regional, national und international tätigen Akteuren. Die Forschungsarbeit hat in den vergangenen Jahren ganz

entscheidend das Vertrauensverhältnis zwischen Regierung und ökologischer Lebensmittelwirtschaft geprägt. Der Ökosektor boomt derzeit wie kein anderer Bereich der Lebensmittelwirtschaft. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch in Zukunft erheblicher Forschungsbedarf besteht. Dieser kann nicht allein aus den Mitteln des Bundesprogramms Ökologischer Landbau finanziert werden. In den Aufbau des Forschungsstandorts Trenthorst wurden in den vergangenen Jahren erhebliche Mittel investiert (5 Mio. € für Gebäudeinvestitionen, 3 Mio. € für technische Ausstattung



Agrarforschung: vor allem im Ökolandbau wichtig

© BLE, Bonn/Foto: Dominic Menzler

Labore, IT und landwirtschaftlicher Versuchsbetrieb). Große Teile dieser Investitionen gingen bei einem Umzug nach Mariensee verloren. Auch existieren in Mariensee derzeit weder die baulichen noch die strukturellen Voraussetzungen, um die Fortführung der ökologischen Landbauforschung zu gewährleisten. Es steht zu befürchten, dass mit einer Aufgabe von Trenthorst die gesamte Ökolandbauforschung eingestellt wird.

Offiziell ist das Ministerium zu keiner Auskunft bereit. Der zuständige Staatssekretär Paziorek stellte jedoch fest, dass der Entwurf im Ministerium nicht abgestimmt sei. Auch habe Landwirtschaftsminister Horst Seehofer sich noch nicht zu dem weiteren Vorgehen geäußert. Auf Landesebene formiert sich derzeit Widerstand. Im schleswig-holsteinischen Landtag gibt es inzwischen einen interfraktionellen Beschluss für einen Erhalt. Und auch auf Bundesebene signalisieren die fachpolitischen Sprecher aller Fraktionen Unterstützung.

Der weitere Zeitplan, so Paziorek, sieht vor, dass erst im Frühjahr eine endgültige Entscheidung gefällt wird. Inzwischen hat die Verwaltung aber schon ein neu überarbeitetes Papier vorgelegt. Offenbar ohne grundlegende Änderungen. Es bleibt abzuwarten, welche Seite im BMELV den Machtkampf gewinnt. Ein sturer Verwaltungsapparat oder die politische Führung, die nach eigenem Bekunden zu einem Erhalt der Ökolandbauforschung in Trenthorst steht.

mnn

In Zukunft soll sich die Agrarforschung auf sechs statt bisher zehn Standorte konzentrieren. Was mit den übrigen vier Standorten geschieht ist bisher noch offen.

Die jetzt veröffentlichte Empfehlung ist das Resultat einer dreijährigen Evaluation der Forschungssituation. Die verschiedenen Standorte wurden insbesondere bezüglich der Zahl der Professoren und der Zahl an veröffentlichten Forschungsergebnissen sowie bezüglich der eingeworbenen Drittmittel klassifiziert.

Die zukünftigen Wissenschaftszentren sollen über 40 bis 50 Professuren verfügen. Alternativ könnte auch eine „Matrix-Fakultät“ gebildet werden, bei der der Professoren nicht explizit Agrarwissenschaftler sein müssten, aber dennoch in einem Verbund zusammenarbeiten. Neben Agrarwissenschaftlern könnten dann auch Biologen, Biochemiker, Betriebs- und Wirtschaftswissenschaftler die „kritische Masse“ der Agrarfakultät bilden. Eine derartige Struktur besteht derzeit in München mit dem

Die Universitäten der Zukunft

Wissenschaftsrat fordert Reduktion der Agraruniversitäten. Inhalte spielen dabei keine Rolle

Wissenschaftszentrum Weihenstephan. Das große Vorbild des Wissenschaftsrats ist aber die Universität in Stuttgart Hohenheim.

Inhaltliche Aussagen über zukünftig besonders wichtige Forschungsaufgaben macht der Wissenschaftsrat nicht. Prof. Kirschke, Agrarökonom an der Humboldt-Universität in Berlin, kritisiert dieses Vorgehen. Durch die Vorgaben des Rates würde der Wettbewerb zwischen den einzelnen Fakultäten abgewürgt. In ähnlicher Weise äußerte sich auch der in Bonn ansässige Agrarökonom Prof. Berg und kritisierte vor allem, dass nicht öffentlich ist, wie sich die Arbeitsgruppe zusammensetzt. Der Verdacht liegt nahe, dass einzelne Mitglieder befangen sein könnten. Auf Nachfrage beim Wissenschaftsrat wird bestätigt, dass es selbstverständlich Mitglieder in der Arbeits-

gruppe gibt, die an Agrarfakultäten als Wissenschaftler tätig sind. Allerdings sei das Papier eine Empfehlung des Wissenschaftsrates und solle nicht auf einzelne Mitglieder der Arbeitsgruppe zurückfallen. Die genaue Zusammensetzung werde deshalb nicht preis gegeben.

Bedenklich sind die Empfehlungen, da aktuelle Entwicklungen nicht beachtet oder bewusst ignoriert wurden. Die Universität in Kassel Witzenhausen z. B. hat bereits im März 2005 einen Kooperationsvertrag mit der Universität Göttingen geschlossen. Über die Ländergrenzen hinweg und mit der Unterstützung der beiden Regierungspräsidenten Koch (Hessen) und Wulf (Niedersachsen) entwickelt sich hier ein Fakultätenverbund, dessen Spektrum von der Biotechnologie bis zur ökologischen Landwirtschaft reicht.

Der Wissenschaftsrat beruft sich gern auf seine Neutralität und Überparteilichkeit. Politik macht er dennoch. Schon kurz nach der Veröffentlichung der Empfehlungen war in den landwirtschaftlichen Wochenblättern und Fachzeitschriften zu lesen, welche Universitäten Zukunft haben und welche geschlossen würden. In den Empfehlungen des Rates steht davon nichts, aber im Grunde lassen sie nur den einen Schluss zu.

Für die zukünftige Agrarforschung in Deutschland bleibt zu hoffen, dass sich die Vielfältigkeit der Forschung auch in einer Vielfalt der Forschungsrichtungen niederschlägt. Die Multifunktionalität der landwirtschaftlichen Praxis sollte sich auch in der Forschung wiederfinden. Insbesondere im ökologischen Landbau besteht enormer Forschungsbedarf. Viele Entwicklungen der Vergangenheit sind von den Bauern getragen worden und basieren nicht auf Erkenntnissen der Wissenschaft.

mnn

Transparenz nun beschlossen

Nun ist es Beschlusslage in der EU: Die Namen der Empfänger von EU-Fördermitteln sind öffentlich zugänglich zu machen. Was im Herbst bereits in entsprechende Verordnungen zu den Strukturfondsmitteln und auch zum Fonds für die Ländliche Entwicklung (ELER) Eingang gefunden hat, gilt nun durch den Beschluss über die neue Haushaltsordnung der EU für die Jahre 2007 bis 2013 auch im Bereich der ersten Säule der EU-Agrarpolitik. Damit werden sowohl die Empfänger von Exportsubventionen öffentlich als auch die landwirtschaftlichen Betriebe, die Direktzahlungen erhalten. Für letztere gilt, dass ihre Daten (Name, Betrag, Zahlungszweck) spätestens 2009 offengelegt werden müssen. Weil die Zahlungen jeweils bis spätestens zum zweiten Quartal des Folgejahres ausgezahlt werden, werden die Angaben des Jahres 2009 die Zahlungen betreffen, die bereits bis Mitte Mai 2007 von den Betrieben beantragt werden. In die Antragsunterlagen soll der Hinweis aufgenommen werden, dass die Namen der Empfänger mit den Beträgen veröffentlicht werden. Damit sollen datenschutzrechtliche Bedenken ausgeräumt werden. Die Verbände der „Transparenz-Initiative“ (u. a. Abl) haben die Beschlüsse als Erfolg ihrer Arbeit begrüßt, kritisieren aber, dass die Transparenz erst dann verpflichtend werde, wenn die Diskussionen zur Überprüfung der EU-Agrarpolitik und ihrer Gelder, die 2008 ansteht, schon weitgehend gelaufen sein werden. Die Verbände fordern Bundesminister Seehofer auf, anderen EU-Staaten zu folgen, und schon jetzt für Transparenz zu sorgen. Das EU-Recht lässt das zu. *uj*

Backhaus unter Druck

Till Backhaus (SPD), Minister in Mecklenburg-Vorpommern, steht unter Druck. Nachdem er in der neuen Koalition aus SPD und CDU neben Landwirtschaft und Verbraucherschutz auch für Umwelt zuständig ist, wird ihm das Amt als SPD-Landeschef offenbar zu viel. Anfang Dezember sagte er der Presse, er könne sich nicht zerreißeln und wolle deshalb offenlassen, ob er beim nächsten Wahlparteitag der SPD 2007 erneut für den Parteivorsitz kandidiere. Dabei galt Backhaus lange als potentieller Nachfolger von Ministerpräsident Harald Ringstorff. Backhaus hat angekündigt, zwischen Weihnachten und Neujahr zu einer Entscheidung zu kommen. Auch als Agrarpolitiker steht Backhaus unter Druck. Während andere Bundesländer ihre Förderprogramme für die nächsten sieben Jahre schon vor Wochen, zum Teil Monaten bei der EU-Kommission zur Genehmigung vorgelegt haben, ist der Plan aus Schwerin immer noch nicht auf dem Weg. Weil Brüssel mitunter ein halbes Jahr zur Prüfung braucht, ist für die Landwirte unklar, auf was sie sich einlassen, wenn sie die Anträge bis Mai ausfüllen. Zudem liegen Millionen an Fördergeldern in Brüssel fest. Das Versprechen des Ministers, als Ausgleich Kredite „unter Vorbehalt“ an die Bauern auszuzahlen, stößt bei den traditionell konservativ wirtschaftenden Landwirten auf taube Ohren. Von einem „Lotterie-Spiel“ ist die Rede, so die *Ostseezeitung*. *uj*

Brasilien öffnet Märkte für arme Länder

Noch Anfang 2007 will Brasilien seine Märkte ausnahmslos für die Exporte aus den 32 ärmsten Ländern der Welt öffnen. Damit unterbreitet erstmalig ein Schwellenland solch ein Angebot. Zwar erlaubt die EU mit der EBA-Initiative (Alles außer Waffen) den ärmsten Ländern der Welt zur EU ebenfalls freien Marktzugang, dennoch sind besonders sensible Produkte wie Zucker von der EU vorerst ausgespart worden. Kritiker behaupten, dass diese Ausnahmeregelungen gerade die Sektoren in den ärmsten Ländern betreffen, in denen sie exportfähig sind und faktisch von verbessertem Marktzugang kaum die Rede sein kann. Allerdings ist auch das Angebot von Brasilien mit Vorsicht zu genießen. Kaum ein Land in der Welt kann so billig Agrarprodukte produzieren wie Brasilien. Die Entwicklungsländer werden nur wenig Anreize haben, auf diesem Preisniveau ihre Waren dorthin zu verkaufen. *bet*

CDU/CSU/SPD-Antrag zu WTO

Die Fraktionen von Union und SPD haben einen Entschließungsantrag zur WTO in den Bundestag eingebracht und ihn beschlossen. Darin heißt es: „Die EU hat gerade im für Entwicklungsländer sensiblen Agrarbereich ein Angebot vorgelegt, das sich nochmals den Forderungen der G20 annähert. Die USA müssen in diesem Bereich weitergehende Angebote machen. Im Gegenzug erwarten wir, dass die großen Schwellenländer ihrerseits ihre Märkte für Industrieprodukte öffnen und verbesserte Dienstleistungsangebote vorlegen.“ Die Bundesregierung wird aufgefordert, „ihren Beitrag zu leisten, um zu einem erfolgreichen Abschluss der Doha-Welthandelsrunde zu kommen.“ *uj*

Kurzes am Rande

Zucker-Rechnung geht nicht auf

Zuckermarktreform führt nicht zu der gewünschten Mengenreduzierung. Deshalb will die EU-Kommission nun doch über die Quote regulieren

Agarkommissarin Mariann Fischer Boel redet nicht lange drum herum: „Zuckerproduzenten, die nicht wettbewerbsfähig sind, sollten jetzt aus der Produktion aussteigen.“ Bisher befolgen Zuckerindustrie und Zuckerrübenanbauer in Europa diese Worte kaum. Aber der Ton zeigt, in welchem Schlamassel sich die Kommission derzeit befindet. Seit diesem Jahr wird die Zuckermarktreform umgesetzt. Zum Abbau der Überschussproduktion und der Produktionsquote sollten vor allem die Senkung der Garantiepreise um 39,7 Prozent bis 2009 und der Restrukturierungsfonds dienen.

Die EU-Kommission hatte so kalkuliert: Die sinkenden Preise zwingen die Zuckerwirtschaft auf den ungünstigeren Standorten wie in Italien oder Spanien in die Knie. Dieser Effekt wird mit dem Restrukturierungsfonds gepusht, aus dem die Zuckerindustrie Gelder erhält, wenn sie ihre Tore schließt und dabei ihre Quoten aufgibt. Und am Ende sind die Überschüsse abgebaut und genügend Zuckerquote freiwillig aufgegeben, dachte jedenfalls die EU-Kommission. Denn in ihrer Pressemitteilung heißt es noch Anfang 2006: „Die Zuckerproduktion der EU wird voraussichtlich um 6 bis 7 Millionen Tonnen auf ein tragfähiges Niveau (...) zurückgehen.“

Im ersten Reformjahr ist aber gerade mal eine 1,5 Tonnen Zuckerquote aufgegeben worden. Für das zweite Jahr (2007/08) war die Aufgabe von 5 Mio. Tonnen eingeplant, angemeldet sind bisher nur 0,7 Mio. t (Antragsfrist 31.1.2007). Die Lager platzen aus allen Nähten und drohen im nächsten Jahr auf 4,5 Mio. Tonnen überschüssigen Zucker anzuschwellen, was 25 Prozent der Quote entsprechen würde. Auf dem Weltmarkt darf die EU laut WTO nur

knapp 1,4 Millionen Tonnen Zucker jährlich verkaufen. Das haben Brasilien, Thailand und Australien erstritten.

„Man verabschiedet sich als Bauer doch nicht so einfach von dem ganzen Zuckerrübenanbau“, sagt Helmut Peters, selbst Zuckerrübenbauer. „Warum sollte die Zuckerwirtschaft so massiv aus der Produktion aussteigen“, fragt sich Andrea Fink-Keßler, Agraringenieurin. „es zwingt sie doch keiner.“

Die Restrukturierungshilfe wird erst 2008/09 abgesenkt – jetzt schon aussteigen scheint daher kein Anreiz zu sein. Offensichtlich glaubt Kommissarin Fischer Boel aber auch nicht, dass 2008/09 ein umso größerer Abbau kommen wird. Deshalb droht sie nun mit einem Quotenschnitt um 25 Prozent, wenn bis 2010 nicht genügend Freiwillige auf ihre Quote verzichtet haben. Die Quotenkürzung würde alle Quotenbesitzer treffen. Ebenfalls wird über eine Importquote für Industriezucker nachgedacht.

Plötzlich wird die Quote, nicht selten von der Politik als ein „rückständiges Instrument“ verschrien, wieder prominent. Dabei sind eben diese Mechanismen noch vor der Reform von der Abl vorgeschlagen worden: Den Garantiepreis in etwa halten, aber deutlich runter mit der Quote, noch unter den EU-Verbrauch und dafür Importquoten für Entwicklungsländer, damit die EU auch ihre internationalen Verträge einhalten kann. „Das wäre für mich besser gewesen“, sagt Peters. „Ich hätte dann den Deckungsbeitrag pro Hektar gehalten und nur mengenmäßig weniger produziert.“ Und nicht nur Peters hätte gut dagestanden. Auch die Politik.

Berit Thomsen



Bald 4,5 Mio. Tonnen strukturellen Zucker-Überschuss in der EU erwartet die EU-Kommission im nächsten Jahr. Das sind 25 Prozent der Quote. Foto: Mühlhausen

Umstellung der LUV käme teuer

Unfallversicherung mit Kapitaldeckung statt Umlageverfahren würde teurer

Deutscher Bauernverband, CDU und FDP fordern, dass die Finanzierung der landwirtschaftlichen Unfallversicherung verändert wird. Bislang werden die Unfallrenten durch ein Umlageverfahren finanziert, d.h. das Geld, das die Berufsgenossenschaften in einem Jahr für Unfallrenten auszahlen, wird im folgenden Jahr von den Beitragszahlern (Landwirte) als Beiträge eingezogen. Die Beiträge werden dabei durch Bundeszuschüsse verringert. Gefordert wird, zumindest die neuen Unfallrenten anders zu finanzieren, und zwar über ein Kapitaldeckungsverfahren. Dazu wird bei jedem Eintritt eines neuen Rentenfalls soviel Geld in einen verzinslichen Kapitalstock gelegt, wie einer durchschnittlichen Unfallrente (für die gesamte Rentenzeit) entspricht. Das nötige Geld für die Rentenfälle eines Jahres wird von den aktuellen Beitragszahlern eingezogen, so das Idealbild.

Neues Gutachten

Ein neues Gutachten von Dr. Peter Mehl (FAL) im Auftrag des Bundesministeri-

ums BMELV hat nun ergeben, dass die Umstellung auf ein Kapitaldeckungsverfahren teurer käme als das bestehende System fortzusetzen. Demnach würde die Umstellung nur der Neurenten auf eine jährliche Ausfinanzierung im ersten Jahr einen Mehraufwand von 144 Mio. Euro verursachen. Das Verfahren würde erst ab dem Jahr 2024 billiger. Damit die Mehrbelastungen nicht zu Beitragssteigerungen führen, müsste der Bund entweder die jährlichen Mehrkosten zusätzlich zu seinen Beitragszuschüssen übernehmen, was derzeit unrealistisch erscheint. Oder am Beginn der Umstellung müsste ein Kapitalstock von 1 Mrd. Euro aus Bundesmitteln gebildet werden (deutlich teurer wird's, wenn der Bund seine Beitragszuschüsse weiter senkt). Angesichts dessen scheint die Spitze des BMELV Abstand von einer Umstellung zu nehmen.

uj

Seehofer für Österreich

Gentechnik-Verbot bestätigt

Am 18. Dezember hat sich der EU-Agrarministerrat mit einer qualifizierten Zwei-Drittel-Mehrheit hinter das österreichische Verbot des von Monsanto vertriebenen Genmaises Mon 810 und eines weiteren derzeit nicht verfügbaren Gentechnikkonstrukts (T 25) von Bayer gestellt. Der Ministerrat setzt sich damit über ein WTO-Urteil hinweg, wonach ein nationales Verbot eines europaweit zugelassenen Genkonstrukts unrechtmäßig sei.

Bis auf Schweden, die Niederlande und Großbritannien stimmten alle Agrarminister für eine Beibehaltung, auch Deutschland. Hier steht im kommenden Frühjahr die Neuzulassung von MON 810 an. Für Horst Seehofer wird es nun schwieriger zu erklären, weshalb er ein Genkonstrukt (Mon 810) in Deutschland zulassen will, obwohl er ein Verbot in Österreich gerade unterstützt hat.

mm

Staatssekretär Müller bei Heubuchs zu Gast

Gentechnik, Milch und EU-Agrargelder diskutiert

Die AbL-Bundesvorsitzende Maria Heubuch hatte am 4. Dezember den Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Gert Müller (CSU) auf ihrem Milchviehbetrieb zu Gast. Neben einigen Bundes- und Landesvorstandsmitgliedern der AbL saßen als Vertreter der Landjugend auch Joachim Barth, für den Bundesverband deutscher Milchviehhalter (BDM) Ortsobmann Hermann Fischer sowie der Verarbeiter Gottfried Härle mit am Küchentisch.

Einig waren sich alle, dass der kommerzielle Anbau der derzeit angebotenen genveränderten Pflanzen weder notwendig noch zukunftsträchtig sei. Bei der Forschung zur Agro-Gentechnik forderten die Bäuerinnen und Bauern eine transparente, von der Industrie unabhängige Risikoforschung mit langfristigen Fütterungsversuchen und Bodenuntersuchungen, die Aufschluss über die Auswirkungen auf Mensch, Tier und Umwelt bringen sollen. Dabei könnten Forschungsvorhaben auch ohne gentechnisch veränderte Pflanzen durchgeführt werden. Die aktuelle GVO-Weizenfreisetzung in unmittelbarer Nähe der Genbank in Gatersleben stieß auf klare Ablehnung bei den Praktikern.

Staatssekretär Müller betonte, dass die „friedliche Koexistenz das Ziel der Bundesregierung“ sei. Daher bleibe es bei der jetzt geltenden Haftungsregelung für die

Fälle, wo die gut fachliche Praxis nicht ausreichend sei.

Die Bedeutung der Milchwirtschaft besonders in Regionen wie dem Allgäu hob Müller besonders hervor. Doch zeigte er wenig Hoffnung, dass die Quotenregelung nach 2015 zu halten sein werde. Er setze auf den Ausbau und die gezieltere Verwendung der Gelder in der zweiten Säule, um so Standortnachteile ausgleichen zu können. Gegenüber dem BDM äußerte sich Müller zunächst sehr kritisch. Im Gegensatz zur BDM-Strategie eines geschützten Binnenmarktes und eines Verzichts auf Dumping-Exporte auf den Weltmarkt betonte Müller die Wachstumsmärkte in Indien und ganz besonders in China. Mit veredelten Produkten wie Käse könne Deutschland dort Wertschöpfung erzielen. Die anwesenden Praxisvertreter dagegen vertrauten den Verheißungen des Weltmarktes nicht.

Die wettbewerbsverzerrende Gestaltung der Direktzahlungen der EU-Agrarpolitik sprach Maria Heubuch als weiteren Punkt ebenso an wie die drastischen Kürzungen bei der Ausgleichszulage und den Agrarumweltmaßnahmen. Wenn von der Politik jede Änderung bei der Zuteilung der Direktzahlungen mit dem Verweis auf Planungssicherheit abgelehnt werde, müsse sich die Politik fragen lassen, wie es mit der Planungssicherheit bei diesen Programmen der zweiten Säule aussehe.

Viele Bäuerinnen und Bauern besonders in Grenzertragsregionen seien auf diese Programme wie das baden-württembergische MEKA-Programm angewiesen. Die Kürzungen in diesem Bereich bedrohen ebenfalls Existenzen.

Nach drei Stunden sehr offener Diskussion fuhr Staatssekretär Müller mit vielen Anregungen im Gepäck vom Hof.

jb



Staatssekretär Müller (vorne rechts) zeigte sich zwar nicht als Verfechter eines Ausstiegs aus der Milchquote, er habe aber wenig Hoffnung, dass eine Fortführung der Quote mehrheitsfähig sei.

Foto: Heubuch

EU-Bio

Auf eine „generelle Linie“ zur Neuregelung der EU-Bioverordnung haben sich am 20. Dezember die Agrarminister der EU geeinigt. Die endgültige Entscheidung fällt der Rat unter deutscher Präsidentschaft, nachdem das EU-Parlament voraussichtlich im März 2007 seine Stellungnahme abgeben wird. Bundesminister Seehofer betont, es seien „erhebliche Verbesserungen“ gegenüber dem Kommissions-Entwurf erreicht worden. U.a. nannte er, dass die Kennzeichnung und Werbung für strengere Verbände- oder Markenstandards unverändert möglich bleibe. Aus Drittstaaten eingeführte Bio-Erzeugnisse müssten gleichwertige Anforderungen erfüllen. Bioland-Präsident Thomas Dosch zeigte sich dennoch unzufrieden: „Nach guten Verhandlungsfortschritten haben die Agrarminister in der Etappe abgebrochen und wichtige Hausaufgaben nicht erledigt.“ F. W. Graefe zu Baringdorf betonte, dass Seehofer zugesagt habe, die Meinung des Parlaments im weiteren Verfahren zu berücksichtigen.

Neuseeländische Frische

Fonterra, die größte neuseeländische Genossenschaftsmolkerei, hat ein neues Verfahren für die Joghurtproduktion entwickelt. 90 Tage könnte in Zukunft die Haltbarkeit von Joghurt mit lebenden Kulturen betragen. Vor allen logistisch verspricht sich der Molkerei-Gigant Vorteile. Auf einem expandierenden Weltmarkt erschließt die längere Haltbarkeit ganz neue Märkte. Nach Angaben von Fonterra stieg der Joghurtverbrauch in den letzten fünf Jahren um 58 Prozent. Wenn die Markteinführung gelingt, ist das neuseeländische Produkt fast schon eine Dauerkonserve und das unter dem Titel: frischer Joghurt. *mn*

Niederländisches Milchbauern-Bündnis

Das „Dutch Dairy Board“, das in den Niederlanden im Mai 2006 gegründet wurde, vereinigt mittlerweile 20 % der niederländischen Milch unter seinem Dach. Jeder Milchviehhalter, der Mitglied wird, unterschreibt, dass er bei Erreichen einer ausreichend hohen Mitgliederzahl bereit ist, dem Dutch Dairy Board die Verhandlung über seinen Milchpreis zu überlassen. Ziel ist es, im Jahr 2007 mindestens 30 % der niederländischen Milchmenge und auch von jeder einzelnen Molkerei zu vereinigen. Dazu werden in den kommenden Monaten Veranstaltungen überall in den Niederlanden stattfinden. *sk*

A faire Milch hat breite Wirkung

Am 18. Juli führte die österreichische IG-Milch (Interessengemeinschaft Rinder- und Grundlandbauern) ihre „A faire Milch“ ein, bei der 10 ct mehr direkt an die Milchbauern gehen. Der Verkaufspreis im Regal beträgt 1,09 €. Das Interesse von Verbrauchern und Handelsketten wächst stetig. Inzwischen ist laut IG-Milch die „A faire Milch“ in Läden und Märkten, die zusammen 40 % der österreichischen Handelsfläche ausmachen, erhältlich. Ein interessanter Nebeneffekt ist, dass die Einzelhandelsketten ihre Preise für sämtliche Trinkmilch um 6 ct angehoben haben. Bei Aldi beispielsweise kostet der Liter Milch jetzt 75 statt 69 ct. Damit liegt der Preis in Österreich im allgemeinen um 20 ct höher als in deutschen Supermärkten. *sk*

Schweiz: Zähne Preisverhandlungen

In der Schweiz werden aktuell die Erzeugermilchpreise zwischen Produzentenorganisationen (PO) und Molkereien für 2007 verhandelt. Die Marktlage ist gut, es wird keine Überschüsse geben. Dennoch ist eine Erhöhung der Erzeugermilchpreise wohl nicht zu erwarten, denn die inzwischen über 30 POs ziehen nicht am selben Strang. Eine große PO hat erklärt, dass sie denselben Preis wie bisher zahlen wird, unabhängig vom zu erwartenden Ergebnis der Verhandlungen mit den Molkereien. Die Molkerei Emmi dagegen macht Druck mit ihrer Aussage, sich vor Januar nicht auf einen Preis festzulegen. Sollten die Preisverhandlungen vor dem 1. Januar nicht zum Erfolg führen, haben bei Uniterre organisierte Landwirte beschlossen, ihre eigene Rechnungen für die gelieferte Milch zu schreiben. Die Preise sollen dann entsprechend der Produktionskosten ausgestaltet werden. *sk*

Upländer: Biomilch im Aufschwung

Die Milchbauern der Upländer Bauernmolkerei blicken nach der Mitgliederversammlung Anfang Dezember 2006 in Alsfeld zuversichtlich in die Zukunft. Die Produktion und die Umsätze von Biomilch und Biomilch-Produkten ihrer Molkerei steigen weiter. Um bei dem anhaltenden Wachstum mithalten zu können, sucht die Milcherzeugergemeinschaft (MEG) Hessen weitere Lieferanten. Elf neue Mitgliedsbetriebe wurden bei der Versammlung vorgestellt und bereits in die MEG aufgenommen. „Auch im nächsten Jahr rechnen wir mit weiterem Wachstum“, beurteilt Geschäftsführerin Karin Artzt-Steinbrink die Zukunft, „daher werden weiter neue Lieferbetriebe gesucht. Sicherlich wird dann die Anzahl der Mitglieder auf über 100 steigen.“ Auf der Mitgliederversammlung wurde der amtierende Vorstand der MEG mit Josef Jacobi und Bernd Kramer an der Spitze einstimmig im Amt bestätigt. *pm*

Kurzes am Rande

Bewegung für die Quote

Milchquote bestimmte die Diskussion auf der AbL-Versammlung

Zur AbL-Versammlung in Altenkirchen waren für das Fachforum Milch namhafte Referenten geladen. Romuald Schaber, Vorsitzender des BDM, forderte eine grundlegende Weichenstellung: „Wollen wir uns auf den Binnenmarkt ausrichten, oder wollen wir Export-Weltmeister sein?“ Für eine Exportstrategie seien hohe Erzeugerpreise kontraproduktiv. Wenn man aber Milchpreise anstrebe, die die Vollkosten der Bauern decken, „dann brauchen wir eine Mengenregulierung“. Das sei dann nicht die Quotenregelung in der bisherigen Form. Aber wer die Quote jetzt abschaffen wolle, zerstöre damit auch die Voraussetzung, um eine bessere Mengenregulierung zu schaffen. Schaber: „Wir müssen die Gesellschaft sensibilisieren. Es geht um mehr als um die Milch.“

Auch Hans Geurts von der Niederländischen Milchbauernvereinigung (NMV) stellte sich in Altenkirchen gegen Pläne zur Abschaffung der Quote: „Ein gutes Einkommen der Milchbauern und entsprechende Milchpreise sind nicht mit einer freien Produktion zu erreichen.“ Würde die Menge freigegeben, würde die Milchmenge steigen und der Preis weiter fallen. „Wir sehen an anderen Produkten mit freien Märkten, dass die Preistiefs lange dauern. Preisspitzen sind dagegen immer nur von kurzer Dauer.“ Viele Milchbauern müssten dann aufgeben. Das sei nicht nur schlecht für die Milchbauern selbst, sondern auch für die Bürger: „In den Niederlanden hat es eine große Bedeutung, dass Kühe im Sommer auf der Weide sind.“ Damit aber sei dann Schluss. Die NMV wird im Jahr 2007 ein großes Symposium veranstalten. Der Arbeitstitel lautet: „Abschaffung der Quote – ein historischer Fehler“. Ernst Halbmayr von der österreichischen IG-Milch ging mit der bisherigen Quotenregelung und den Machtverhältnissen

zwischen Molkereien und Milchbauern ins Gericht. Das Ergebnis: „Für eine unglaublich aufwändige Arbeit bekommen wir einen Hungerlohn.“ Wenn es nicht absehbar sei, dass die Quote an den EU-Verbrauch angepasst werde – und nur das schaffe die Möglichkeit, den Außenschutz für Milch in der EU zu halten –, dann müsste auf Ebene der Milchbauern ein Alternativsystem zur Mengensteuerung entwickelt werden. Nach Auffassung von Romuald Schaber sei dafür notwendig, 95 Prozent der Bauern unter ein Dach zu bekommen. Das sieht er nicht. Die Alternative sei, dass die Mengensteuerung von den Molkereien übernommen werde. Die aber hätten zum Teil ganz andere Interessen als die Milchbauern.

Bernd Voß, stellvertretender AbL-Vorsitzender, ging u. a. auch auf das scheinbare Alternativangebot der Politik ein, nämlich mögliche Begleitmaßnahmen aus der zweiten Säule, um Milcherzeugung in benachteiligten Regionen zu halten: „Die Milcherzeugung erfüllt heute viele Funktionen für die Landschaft, die die zweite Säule nach Abschaffung der Quote offenbar übernehmen soll. Aber die Gelder der zweiten Säule sind schon mehrfach vergeben.“

Mit einem Blick zurück startete Josef Jacobi: „Ich habe 1983 nicht gedacht, dass wir uns heute für die Beibehaltung der Milchquote einsetzen müssen.“ Jacobi war damals einer der Sprecher der von der AbL und anderen initiierten Interessengemeinschaft gegen die Milchkontingentierung. Jetzt forderte Jacobi eine Bauernbewegung für die Quote. Das größte Argument dafür sei das Gutachten von Prof. Isermeyer. Demnach behindere die Quote den Strukturwandel und sie ermögliche einen noch zu hohen Milchpreis.

uj



Fachforum Milch auf der AbL-Versammlung (von links): Ernst Halbmayr, Romuald Schaber, Hans Geurts, Sonja Korpeter, Bernd Voß, Bernd Schmitz, Josef Jacobi.

Milchquoten-Diskussion in anderen EU-Ländern

Die Mehrheit der Milchviehalter in anderen EU-Ländern spricht sich für eine Milchquotierung aus

Der Zusammenschluss europäischer Milchviehalterverbände EMB (European Milk Board) hat seine Mitgliedorganisationen und andere befragt. Hier die Antworten:

NMV, Niederlande

Der niederländische Milchviehalterverband NMV sagt: „Die Abschaffung der Milchquote wäre ein historischer Fehler. Eine Anpassung des Angebots der Milchmenge an die Nachfrage auf dem EU-Markt sei die Grundvoraussetzung für kostendeckende Milchpreise auf Erzeugerseite.“ Deshalb bräuchten die Milchbauern in der EU ein flexibles Quotensystem nach kanadischem Vorbild, das diese Ausbalancierung erreicht und Milchpreise gewährleistet, die die Vollkosten decken. Eine Abschaffung der Quoten hätte über die gravierenden Auswirkungen auf die europäische Milchwirtschaft hinaus verheerende Folgen für die Verbraucher, den ländlichen Raum, die Umwelt, das Tierwohlsein und auch für die Entwicklungsländer.

BDM, Deutschland

Der Bundesverband Deutscher Milchviehalter BDM sieht die Quote in den letzten Jahren als Instrument der Molkereien missbraucht. Dennoch müsse sie als Rahmen bestehen bleiben, innerhalb dessen die Milchbauern das Heft wieder mehr in die Hand nehmen und eine echte Mengenregulierung für kostendeckende Preise erreichen könnten. Das Ziel sei, so viel Milch zu produzieren, wie der europäische Markt brauche. Der Export ermögliche, abgesehen von besonderen Spezialitäten, keine guten Milchpreise und schädige zudem fremde Märkte. Ernährungssouveränität, Mengenregulierung und kostendeckende Milchpreise passten zusammen. „In den kommenden Wochen wird es entscheidend sein, dass wir unsere Ansicht bezüglich der Zukunft der Quoten sichtbar machen.“

IG-Milch, Österreich

Die IG-Milch (Verein österreichischer Grünland- und Rinderbauern) sieht die Quotenfrage differenziert. Der Fortbestand der jetzigen Quote ohne zusätzliche Instrumente für eine effektive Mengenregulierung und ein ausreichendes Milchpreisniveau habe keinen Sinn. Die IG-Milch hält es für wichtig, bei den Milchbauern wieder den Glauben in die eigene Marktmacht zu entwickeln: „Wenn die Milchbauern sich einig sind, dann können wir auch Alternativsysteme entwickeln, die erzeugergesteuert sind.“ Das Entscheidende sei die Anpassung der Milchproduktion an den internen Marktbedarf. Erst wenn das erreicht sei, könne ein wirksamer Außenschutz für Milchprodukte in Europa eingefordert werden.

LDM, Dänemark

Die Landesvereinigung dänischer Milchproduzenten LDM hält ein Mengenregulierungssystem für notwendig. Eine sogenannte freie Milchproduktion, wo jeder soviel Milch erzeuge, wie ihm gerade recht sei, dürfe es nicht geben. Ob aber das bestehende Quotensystem derzeit der einzige mögliche Weg ist, darüber wird innerhalb des LDM noch diskutiert.

APL Pianadura, Italien

Die italienische Assoziation der Milchproduzenten (APL) hat eine klare Position zur Reform der Milchquote: „Wir brauchen eine Übergangsphase bei der Quote, die in allen Ländern zum gleichen Zeitpunkt stattfindet und schließlich eine Abschaffung der Quote im Jahr 2015 zum Ziel hat.“ Mit dem bestehenden System sei es nicht gelungen, die Milchpreise zu stabilisieren und das Fortbestehen kleiner Milchbetriebe zu sichern. Mittelfristig fordert die APL die Zulassung eines EU-weiten Quotenhandels, um eine Umverteilung der Milchquoten zwischen den kleinen und großen Milchzeugern der EU zu erreichen. Italien produziert bekanntlich weit weniger Milch, als es verbraucht. Ab 2010 solle EU-weit kein Quotenhandel mehr möglich sein, um die Abschaffung der gesamten europäischen Milchquote in 2015 vorzubereiten.

BDB, Belgien

Das Belgische Dairy Board (BDB) will alles unterstützen, was den Milchzeugern einen kostendeckenden Milchpreis bringt. Es hat dabei insbesondere das kanadische System vor Augen: „Wenn wir die Produktion nicht im Griff haben, dann bedeutet das immer wieder, mit einem Überschussproblem umgehen zu müssen. Und zu viel Milch am Markt bedeutet niedrige Erzeugerpreise.“ Es gehe nicht um die Frage, Quote oder nicht Quote. Die entscheidende Frage sei vielmehr der kostendeckende Milchpreis. BDB fragt: „Und was ist besser als ein Quotensystem, um die Produktion im Griff zu haben?!“ Das bestehende Quotensystem müsse sicher verbessert werden, aber eine Mengenregulierung sei absolut notwendig.

Confédération Paysanne, Frankreich

Die Milchquote muss erhalten bleiben, sagt die Confédération Paysanne. Und

wenn nicht in der Aussage, so doch in der Analyse der Auswirkungen einer Abschaffung der Quote sind sich ausnahmsweise mal alle französischen Agrarverbände einig: Die Milchpreise würden um 15 bis 20 Prozent sinken, viele Bauern müssten die Milcherzeugung aufgeben. In Gebirgs- und Grünlandregionen gebe es häufig keine Alternative zur Milchproduktion und dementsprechend katastrophal wirke sich hier eine Abschaffung der Quote mit ihrer mengenregulierenden Funktion aus.

Schweden und Wales

In Schweden ist die Milchquote seit dem EU-Beitritt 1995 noch niemals voll ausgenutzt worden, die Quotenpreise sind entsprechend niedrig. Die Quote war nie ein größeres Problem für die Milcherzeuger. In Schweden wird kaum über eine Quotenabschaffung in



Über 2.000 Milchbauern kamen zur Jahresversammlung der IG-Milch. Die Quote spielte da nicht die Hauptrolle, sondern ein kostendeckender Milchpreis.

Foto: Altmann/top agrar

2015 diskutiert. „Dennoch macht uns der Gedanke etwas Sorgen, denn angesichts der niedrigen Quotenkosten bei uns ist bei einer Abschaffung der Quoten die schwedische Milchproduktion eventuell gefährdet.“

Die Position der Farmers Union of Wales ist klar: „Die Quote muss erhalten bleiben, und es darf auch zukünftig keinen Quotenhandel zwischen den EU-Ländern geben.“

Fazit

Die Diskussion über die Zukunft einer staatlichen Milchmengenregelung steht in den meisten EU-Ländern erst am Anfang. Von den Milchviehaltern wird sie nicht angetrieben. Sie wären ganz überwiegend für ein Fortbestehen der Quotierung, das schließt die Forderung nach Verbesserungen am bestehenden System nicht aus. Deutlich wird, dass die Milchbauern der befragten Verbände einen kostendeckenden Preis im Blick haben, also nach vorne kalkulieren wollen, statt sich immer wieder vorhalten zu lassen, ihre Kosten seien für die niedrigen Milchpreise zu hoch.

Sonja Korpeter, EMB

Stolze Bilanz

Vor mehr als 2.000 Milchbäuerinnen und -bauern aus ganz Österreich konnte am 3. Dezember der Vorsitzende der österreichischen IG-Milch Ewald Grünzweil eine erfolgreiche Bilanz über das abgelaufene Jahr ziehen. Vertreter der IG-Milch haben zig Versammlungen abgehalten, Verhandlungen und Gespräche absolviert – mit dem Bundeskanzler genauso wie mit Molkereidirektoren, Umweltorganisationen und Arbeitnehmervertretern. Sie haben die Problematik fragwürdiger Rinderimporte aufgezeigt, in ganz Österreich ein Bewusstsein über die Zerstörungskraft von Dumpingpreisen bei Milch für die Kulturlandschaft und die Gesellschaft geschaffen und mit all dem geschafft, den Milchpreisverfall zu stoppen. „Wir haben die Milch zu einem gesellschaftlichen Thema gemacht!“ 2004 habe der Liter Trinkmilch im Supermarkt 59 Cent gekostet, weitere Senkungen seien angedroht worden. Heute kostet die Milch, sogar bei Aldi, mindestens 75 Cent. „Bei den Bauern kommen aufgrund unserer Arbeit 2 bis 3 Cent mehr Milchgeld an, was sogar Molkereien bestätigen.“

Fernsehkoch gegen Gentechnik

Der bekannte Fernsehkoch Vincent Klink hat sich gegen Gentechnik in der Landwirtschaft ausgesprochen und die Internet-Initiative „<http://www.mein-nein.de/>“ eröffnet.



Genmanipulation sei unverantwortlich und zerstöre das gesamte Lebensgleichgewicht. „Die Natur weiß sehr genau, was gut und richtig ist.“ sagte Klink zum Auftakt der Aktion. Für eine gute und gesunde Küche gebe es nichts Besseres als natürliche und möglichst aus der Region bezogene Bio-Produkte, so Klink weiter. Rund 25 Partner, darunter Ökoverbände, BUND und die großen Kirchen und Entwicklungshilfeverbände, versuchen mit dieser Aktion Haushalte gegen

Genfood mobil zu machen. Verbraucher sind dazu aufgefordert, auf der Internetseite ihre Meinung kundzutun. Mit Name, Adresse und Kommentar kann man mit einem kleinen Kästchen seinen Beitrag zu einem großen Nein leisten. Weitere Infos auch zum Genfood gibt es auf „<http://www.mein-nein.de/>“ *Jörn Manke*

AgrarBündnis: Absatzfonds abschaffen

Das AgrarBündnis, ein Bündnis von 26 Verbänden aus Landwirtschaft, Umwelt- und Tierschutz, hat sich in einer gemeinsamen Erklärung mit den weiteren Verbänden Bund Deutscher Milchviehhalter, Deutscher Bauernbund und Deutscher Bundesverband der Landwirte im Nebenberuf dafür ausgesprochen, den Absatzfonds abzuschaffen. Die Verbände stimmten darin überein, dass der Absatzfonds sein Ziel verfehlt habe, die Wertschöpfung in der Landwirtschaft zu steigern. Er sei in der derzeitigen Form nicht reformierbar, so die gemeinsame Erklärung. Alle Anstrengungen, den Absatzfonds zu retten, seien vergebliche Liebesmüh'. Die Bauern sagten „nein!“ zur Zwangsabgabe und zur CMA, der die Mittel des Absatzfonds im wesentlichen zufließen. Dass in kürzester Zeit bereits so viele Landwirte „ihre“ Verarbeiter aufgefordert hätten, Widerspruch gegen die Zwangsabgabe einzulegen, dass derzeit schon rund 40 Prozent der Mittel des Absatzfonds mit Einsprüchen behaftet seien, zeige wieder einmal, dass der Alleinvertretungsanspruch des Bauernverbandes eine Vor Spiegelung falscher Tatsachen sei. *pm*

Weizenfreisetzung in Gatersleben

Trotz heftiger Proteste hat das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) die Freisetzung von gentechnisch verändertem Weizen auf dem Gelände des Instituts für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK) in Gatersleben genehmigt. Die Aussaat ist bereits erfolgt. Über 30.000 Einwände von Verbrauchern, Verbänden (u.a. AbL) und Wirtschaftsunternehmen wurden damit abgebugelt. Die Freisetzung findet in nur 500 m Entfernung zu den Vermehrungsflächen einer der weltgrößten Getreide-Genbanken statt. Erschreckend ist, dass eine Kontamination der Genbank in dem Zulassungsbescheid der BVL nicht ausgeschlossen wird. Die Behörde begründet die dennoch erteilte Zulassung damit, dass die Genbank mit allen über 60.000 Getreidesorten Eigentum des IPK sei. Eine Auskreuzung führe nicht zu einem Schaden an Fremdeigentum. „Das ist blanker Zynismus“, findet Andreas Bauer, Gentechnikexperte beim Umweltinstitut München. „Hier wird mit aberwitzigen Begründungen ein verantwortungsloses Forschungsvorhaben durchgepeitscht.“ Mit einem Bündnis von Verbänden prüft die AbL derzeit, Klage gegen die Freisetzungsgenehmigung des Bundesamtes zu erheben. *mn*

Maiszünsler geht zurück

Der Maiszünslerbefall geht trotz zunehmendem Maisanbau in Deutschland zurück – ganz ohne Genmais. Dies ergab eine kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE an die Bundesregierung. Der Rückgang des Schädling ist vor allem auf die Bewirtschaftungsmaßnahmen zurückzuführen. Genmais ist dabei ohne Bedeutung. Neben einer gründlichen Zerkleinerung und dem Einpflügen der Ernterückstände spielt die biologische Bekämpfung des Maiszünslers mittels Schlupfwespen eine wichtige Rolle. Den durch den Maiszünsler verursachten Schaden beziffert die Biologische Bundesanstalt, die sich nicht zu den Gentechnikkritikern zählt, auf 11 bis 12 Mio. Euro. Im Vergleich: Die Höhe der Wildschäden liegt bei ca. 50 Mio. Euro. *mn*

Kurzes am Rande

Anständig Abrocken

Morgens drillen, abends rocken – ganz so ist es zwar (noch) nicht, schließlich geht Sönke Schulz morgens meistens noch zur Schule. Der Siebzehnjährige kommt von einem Hof im Nordosten Niedersachsens und will nach der Fachoberschule eine Ausbildung zur Fachkraft für Agrarservice machen. Musik macht der Jungbauer dagegen aber jetzt schon. Er rockt mit drei Freunden als Band „trump aflame“ seit knapp zwei Jahren durch die gemeinsame Freizeit, auf Parties und Geburtstagen. Irgendwann im letzten Frühjahr wurden sie dann aufmerksam auf ein Musikprojekt: Unter dem Motto iChange sollte eine CD mit der Musik regionaler Jugendbands produziert werden, um diese an Schulen zu verteilen – im Tausch gegen rechte Musik, die dort in den vergangenen Jahren immer massiver unter die Kids gebracht wird. „Wir fanden das eine gute Aktion, die Idee, was gegen rechte Musik zu machen hat uns angesprochen“, sagt Sönke Schulz. Dahinter steht die Absicht zur Stärkung einer anderen Jugendkultur. Sich über Musik zu identifizieren, anstatt die rechtsextreme Szene und ihre Musik zu verdammen und sie damit für Jugendliche vielleicht sogar noch attraktiver zu machen.

Gesagt getan: Eine Bildungseinrichtung im Wendland bzw. deren Mitarbeiter Felix Quittenbaum wurde zum Koordinator, ein Zentrum zur Förderung regionaler Musikkultur in Salzwedel, die „Aktion Musik“ mit Tonstudio und Bühne übernahm die

Auswahl der Bands und die technische Abwicklung, alles zu Sondertarifen, da es nur eine finanzielle Mindestabsicherung über Spenden gibt. Der Rest wird durch ehrenamtliches Engagement getragen. Bei den Profis wie auch bei den 150 jugendlichen Musikern, die in 19 Bands zwischen Lüneburg, Salzwedel und Uelzen spielen. Fast ein Jahr nach der Geburt der Idee ist nun „eine gute Rockscheibe dabei herausgekommen“, resümiert Quittenbaum, die es jetzt unters Volk zu bringen gilt. Konzerte in der Region feuern an, dann sollen 2.500 CDs mit dem Titel „Anständig Rocken“ an den Schulen verteilt bzw. besser noch gegen rechte CDs getauscht werden. Die bisherigen Erfahrungen sind positiv: Junge Leute engagieren sich selbst, anstatt Empörung verordnet zu bekommen und haben Spaß – auch Sönke Schulz trifft sich mit seinen Kumpels auf dem elterlichen Hof im Proberaum und vielleicht rocken die 40 Kühe nebenan ein bisschen mit.

Um die CDs an Schüler kostenlos verteilen zu können, ohne den Finanzrahmen zu sprengen, müssen auch einige an „Gruf-ties“ verkauft werden. Wer mehr als 5 Euro für eine CD übrig hat, kann z. B. einen Klassensatz für 100 Euro kaufen. Der wird dann kostenlos an Schüler verteilt. Am 13. Januar 2007 spielen einige der Bands im „Hanseat“ in Salzwedel.

Zu beziehen ist die CD im Internet: www.ichange-music.de oder direkt bei Felix Quittenbaum: 05828/9685200

Berufsimker gegen Monsanto

Am 18. Januar 2007 um 11 Uhr wird der Berufsimker Michael Grolm, dem Monsanto-Anwalt gegenüber treten. Als Pressesprecher der bundesweit agierenden Gruppe „Gendreck weg“ ist er angeklagt. Im Vorfeld der öffentlich angekündigten Feldbefreiung in Badingen im Juli 2006 verlangte das Agrarunternehmen „Bauerngenossenschaft Badingen“ von Grolm eine Erklärung, dass er die dortigen Genfelder zu keinem Zeitpunkt betreten werde. Bei Zuwiderhandlung sei eine Strafe von bis zu 250.000 Euro zu zahlen. Michael Grolm weigert sich, eine derartige Erklärung zu unterschreiben und sich damit von Monsanto mundtot machen zu lassen. „Nicht wir sind kriminell, wenn wir Genfelder kurz vor der Blüte und damit vor der Gefahr des Auskreuzens unschädlich machen. Die Agro-Gentechnikindustrie ist kriminell und handelt extrem unverantwortlich, wenn sie den Anbau von Genpflanzen in Deutschland gegen den Willen der Bevölkerung durchdrückt und damit eine gentechnikfreie Landwirtschaft ein für alle mal unmöglich macht“, so der Imker. „Uns geht es ganz bestimmt nicht darum, einzelne Bauern zu schädigen, sondern darum, die Gefahr, die von diesen Pflanzen ausgeht, abzuwehren.“



Für mich und meine Existenz als Imker ist das reine Notwehr.“

Mit der Klage gegen Michael Grolm versuchen die Anwälte des US Multis Monsanto, die das Agrarunternehmen in Badingen vertreten, einen prominenten Kritiker und Gegner der Agro-Gentechnik mundtot zu machen.

Rechtshilfefonds der Freiwilligen

Feldbefreier:

Konto-Nr: 4016871300, BLZ: 430 609 67, GLS Bank

Betriebsspiegel

63 ha (27 ha Acker, 25 ha Grünland, 6 ha Wald, 2,5 ha Feingemüse), 20 Milchkühe mit weiblicher Nachzucht, 200 Legehennen und Mastgeflügel, 3 Muttersauen mit Nachzucht, 1 Eber, 20 Mutterschafe.

Der Schepershof bei Wuppertal wird von einer Betriebsgemeinschaft biologisch-dynamisch bewirtschaftet.

Wir haben in eine neue Milchverarbeitung investiert. Bereits zu Beginn des Jahres hatte meine Kollegin Verena Schönenstein schon darüber berichtet, dass wir gemeinsam mit einem Nachbarbetrieb, dem Örkhof, nach langen Überlegungen eine neue Käserei geplant hatten. Beide Betriebe zeichnen sich durch eine starke Direktvermarktung aus. Dies gilt auch für die Milch, die vollständig in Eigenregie vermarktet wird. Träger beider Betriebe ist jeweils

ein gemeinnütziger Verein, dessen eine wichtige Zielsetzung die pädagogische und therapeutische Arbeit ist. Daher wurde bei der Planung direkt berücksichtigt, dass es sich um eine Schaukäserei handelt, um die Verarbeitung der Milch zu den fertigen Produkten anschaulich vermitteln zu können.

Inzwischen steht die Käserei. Nach dem langen Winter begannen die Bauarbeiten deutlich später als geplant erst Anfang April. Allerdings schritten die Rohbauarbeiten, die wir komplett vergeben hatten, zügig voran, so dass wir nach etwa zwei Monaten mit den Installationsarbeiten und Umbaumaßnahmen im Altgebäudebereich beginnen konnten. Dabei haben wir wieder mal festgestellt, dass die Feinarbeiten, besonders wenn man sie selber macht, exproportional mehr an Zeit brauchen

als Fundament, Konstruktions- und Dacharbeiten zusammen.

Immerhin, Mitte Juni konnte die Verarbeitung in einfacher Form in den neuen Räumlichkeiten starten. Für die gemeinsame Verarbeitung und den Betrieb eines Pasteurs ist eine EU-Anerkennung Voraussetzung. Diese haben wir dann tatsächlich jetzt im Dezember auch erhalten. Allerdings war es ein langer Weg bis dahin. Dabei hielten sich die Unmengen an Arbeiten an den Räumlichkeiten in der Waage mit dem, was an schriftlichen Unterlagen verlangt wurde: über Reinigungspläne, Verarbeitungsbeschreibungen, Krisenpläne (für den Fall eines Falles) und dergleichen mehr.

Eine EU-Zertifizierung wird durch einen Vertreter des Regierungspräsidiums durchgeführt. Dementsprechend

nervös war unser Kreis-Veterinär, der zwischenzeitlich schon mal den Überblick darüber verlor, was alles an Auflagen und Untersuchungsergebnissen er im Vorfeld haben wollte...

Parallel dazu galt es, die Kooperations- und Gesellschafter- sowie die Mietverträge, die zwischen den Betrieben und deren Vereinen notwendig sind, abzusprechen und auszuarbeiten – auch nicht ohne.

Das haben wir alles geschafft, die Verarbeitung bewegt sich kontinuierlich auf den geplanten Umfang zu. Aber damit ergeben sich auch schon wieder neue Aufgaben. Die größte Herausforderung ist, wie so häufig, der wirtschaftliche Druck. Zwar konnten die Vereine einiges an Stiftungsgeldern akquirieren, doch nützt dies den Betrieben nicht viel, da sie aus steuerlichen Gründen eine normale Pacht zahlen müssen, und das ist bei der relativ geringen Milchmenge und dem Kostenvolumen des Neubaus nicht unerheblich. Dann gilt es, die angestrebte Zusammenarbeit mit Schulen mit Leben zu füllen, das heißt Praktika zu planen und zu überlegen, wie Schüler und Jugendliche in die Milchverarbeitung sinnvoll trotz enormer hygienischer Auflagen mit einbezogen werden können.

Auf der einen Seite finde ich es sehr erfreulich, die Milch nicht abliefern zu müssen und dadurch einige Abhängigkeiten vermeiden zu können. Auf der anderen Seite stellt die Direktvermarktung ein deutliches Mehr an Arbeit und Risiko dar. Die nächste Zeit wird zeigen, wie gut wir uns dem stellen können.

Ludger Weiligmann

Die neue Käserei

Wer kennt es schon, das kleine Städtchen Altenkirchen im Westerwald? Zufällig verirrt sich hierher vermutlich selten jemand. Hätte ich nicht vor 25 Jahren im Fernseher die Sendung „Drei Bauern unter einem Hut“ gesehen, in der sich ein paar Bauern aus dem Norden und Süden gute Gedanken über eine neue Agrarpolitik zum Erhalt einer bäuerlichen Landwirtschaft machten, so hätte mich mein Weg wohl nie hierher geführt. So aber abonnierte ich zunächst das Bauernblatt, gab nach Jahren der ständigen Bitte um eine Mitgliedschaft der AbL auf der letzten Seite nach und trat zusammen mit meiner Frau Edith der AbL bei.

Wieder einige Jahre später raffte ich mich schließlich auf und fuhr alleine mit der Bahn zur Mitgliederversammlung, gespannt, was mich dort erwarten würde. Schon auf dem Weg vom Bahnhof zur Akademie machte ich mit Jasmin Berger meine erste persönliche AbL-Bekanntschaft und war schließlich im Tagungshaus angenehm überrascht, wie schnell ich hier Anschluss gefunden habe. Ob im Speisesaal, bei den Vorträgen und schließlich bei den lockeren bunten Abenden, schnell kommt man hier mit bisher fremden Menschen in gute Gespräche.

Inzwischen wurde in Bayern ein Landesverband gegründet. Meine Frau Edith ist Landesvorsitzende und wir waren schon zweimal gemeinsam hier. Nach zwei Jahren Pause habe ich mich heuer wieder entschlossen, unsere inzwischen zahlreichen Freunde in Altenkirchen zu besuchen. Meine, wie Matthias Stührwoltd sagen würde, „Liebste“ wollte nicht mit, weil sie seit zwei Jahren schon überdurchschnitt-



Unter Freunden

lich mit Gentechnik und Landesvorstand belastet ist. So entschloss sich unsere dritte Tochter Eva, mich dieses Mal zu begleiten. Und wie schon in der Vergangenheit fühlten wir uns sofort wieder wie zu Hause. Spannende, hautnahe Diskussionen mit namhaften Politikern, interessante Diskussionsforen am Samstagvormittag über Milchquote, Bioenergie, Hofnachfolge oder Bio-Boom mit kompetenten Referenten und aufschlussreiche Berichte über die Aktivitäten der AbL zur Einflussnahme auf die Politik, wie z.B. Gespräche mit Ministern u.v.m. lassen mich immer wieder staunen, was ein relativ kleiner, aber aktiver und mutiger Haufen von Bäuerinnen und Bauern auf die Beine stellen kann.

Mindestens genauso interessant sind aber die Gespräche, die sich im Speise-

saal und auf den Gängen ergeben. Es gibt Mut, wenn man erlebt, dass es in allen Teilen Deutschlands Leute gibt, die Zivilcourage haben und keine Missstände Gott gegeben hinnehmen. Was ich außerdem sehr wohltuend zur Kenntnis nehme ist, dass nicht nur selbstverständlich eine Frau und ein Mann sich den Vorsitz teilen, nein, auch in der Geschäftsstelle leisten, neben unbestritten guten Männern, junge engagierte Frauen in den Bereichen Gentechnik, Saatgutnachbau, Milcherzeugervereinigung Europas und vielen mehr hervorragende Arbeit und haben an diesem Wochenende ihre Kompetenz bewiesen.

Nach einem wie immer amüsanten Vortrag von Matthias und dem Film „We feed the world“ ging es wieder einmal in die endlose Zielgerade der Nacht

hinein. Bei Bier, Wein, Musik und intensiven Gesprächen vergisst mancher die Zeit und die härtesten finden erst im Morgengrauen in ihr Bett.

So sitze ich im Zug wieder kurz vor Plattling, wo unser Lieferwagen auf uns wartet, mit dem wir die letzten 60 km noch Kartoffeln mit nach Hause nehmen. In wenigen Minuten sind wir also „Back home“. Vielleicht, so hoffe ich, melden sich im nächsten Jahr wieder so viele aus Bayern an, dass es sich lohnt, mit dem Bus nach Altenkirchen zu fahren.

Josef Lirsch

Betriebsspiegel

Der Betrieb der Familie Lirsch liegt im Rottal.

15 ha, davon 6 ha Grünland, Gemüse und Obst, Direktvermarktung, 5 Mutterkühe, 1 Mutterschwein, jeweils mit Nachzucht.

Simmentaler fast auf Augenhöhe mit Holsteins

Gilbert Christen aus der Westschweiz hat in den letzten Jahren mit seiner Simmentaler Herde etwas erreicht, was Viele nicht für möglich gehalten hatten. Christens Simmentaler schaffen das, wovon viele Holstein-Züchter nur träumen. Er hat mittlerweile sieben 100.000 kg Kühe im Herdbuch stehen und das mit sensationellen Laktationsleistungen. So hat seine Kuh Ninette, die auch als Bullenmutter bekannt ist und einen RZG (Gesamtzuchtwert) von 151 vorzuweisen hat und somit die Nr. 1 aller Simmentaler ist, in elf Laktationen 108.733 kg mit einer Höchstleistung von 15.050 kg mit 4,55 % Fett und 3,46 % Eiweiß ermolken. Doch damit ist sie nicht alleine. Der stallinterne Rekord liegt noch 10 kg höher bei 15.060 kg. Doch nicht nur mit hoher Milchleistung weiß der Betrieb zu beeindrucken, auch auf Tierschauen und als Bullenmütter sind die Simmentaler gefragt.

Seine Tiere sind sehr groß, wuchtig und mässig, haben ein großes Futteraufnahmevermögen. Diese Leistungen auf Holstein Niveau sind auch nur mit entsprechender Futteraufnahme und Futterqualität, wie bei den Holsteins, möglich. Gefüttert wird Graspilage, Heu, Maissilage, Rübenschnitzel, Kraftfutter und Soja. Dieses Beispiel beweist, dass die reine Simmentaler Rasse eine Alternative zu den in Deutschland weit verbreiteten Holsteins ist und sie Dinge leisten können, welche ihnen kaum jemand zugetraut hat.

Jörn Manke

Holstein-Friesien über alles?

Entwicklung der Holsteinzucht und der Holstein-Zuchtverbände

In der Holsteinzucht und den Holstein-Zuchtverbänden hat sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten vieles verändert. Die Zucht ist immer mehr Richtung Milchleistung gegangen und Merkmale wie Langlebigkeit und Inzestgrad wurden zu stark vernachlässigt. Auch die Zuchtorganisationen sind in ihrer Zahl weniger geworden und aus finanziellen Gründen expandiert. Die Frage ist nun, ob wir in Deutschland in einigen Jahren das gleiche Bild wie in Holland haben, dass es nur noch eine Zuchtorganisation gibt und den Landwirten die freie Wahl mehr oder weniger genommen wird? Wie uns die RUW (Rinder Union West), welche sich aus vielen einzelnen Zuchtverbänden zusammengeschlossen hatte, mitteilte, wird es in Deutschland nicht so weit kommen. In Deutschland gäbe es dafür noch zu viele kleine Zuchtverbände, denen es trotz jährlich sinkenden Mitgliederzahlen finanziell noch sehr gut gehe. Außerdem müssten die großen Zuchtverbände wie RUW oder Master-rind (Zusammenschluss von der Rinderproduktion Niedersachsen, Zuchtrinder Erzeugergemeinschaft Hannover und dem Sächsischen Rinderzucht Verband) ihre Regionalbüros erhalten, weil die regionalen Kriterien der Rinderzucht, insbesondere

der Holsteinzucht, immer noch sehr unterschiedlich sind und viele Tierhalter die Verbundenheit und Identifikation mit den einzelnen „kleinen“ Verbänden bräuchten, so der Sprecher der RUW. Speziell bei der Masterrind, bei der die Verträge mit dem SRV (Sachsen) noch nicht unterschrieben sind, steht auf jeder Rechnung, Infobroschüre oder Einladung unten in der Fußzeile: „Masterrind – Ein Unternehmen von RPN, ZEH und SRV“. Nach dem wahrscheinlichen Zusammenschluss wird die Besamungsstation im sächsischen Meißen auch weiterhin bestehen bleiben, um den Bedürfnissen der Landwirte vor Ort gerecht zu werden, die regionale Bindung zu halten. Auf der anderen Seite sind alle größeren Holstein Zuchtverbände in Deutschland schon überregional durch den Deutschen Holstein Verband mit gleichem Zuchtziel und Bewertungskriterien organisiert. Außerdem haben sich einige Zuchtverbände auf gemeinsame Zuchtprogramme geeinigt, um zusammen ein besseres Angebot für ihre Mitglieder bereitzustellen und wirtschaftlicher zu sein. So hat aber die RUW nicht vor, in den nächsten

Jahren weitere Verbände oder Besamungsstationen zu übernehmen, sondern möchte stattdessen die vorhandenen Kapazitäten nutzen und bei weiterhin guten Leistungen im Testbulleneinsatz und der Zuchtrinder-Vermarktung sich selbst bzw. die eigenen Bullen über die Zuchtgebietsgrenzen hinaus bekannt und attraktiv zu machen und zu halten.

Es gibt dennoch ein großes Problem in der europäischen und auch speziell in der deutschen Holsteinzucht. Die Inzestrategie ist sehr hoch und nach dem momentanen Bullenbestand in der Interbull-Liste (Internationale Bullenwertschätzung) zu urteilen ist noch keine Besserung in Sicht. In der Interbull Bullenliste stehen 13 Bullen von dem selben Vater und dazu noch dieser



Immer gute Werte? Äußerlich auf alle Fälle.

Foto: Jane Steel

selbst, Jocko Besne sein Name, unter den Top 20 Vererbern. In Deutschland ist das Bild nicht anders, 15 Jocko Besne Söhne stehen hier zu Lande unter den Top 20. Und so ist die Frage, ob der normale Milchviehbetrieb, welcher sich nicht täglich mit den neuen Empfehlungen der Besamungsstation auseinandersetzt und den Bullenkatalog sorgfältig auch auf die Blutlinien der Bullen kontrolliert und sich in der Hinsicht, wenn überhaupt, nur vom Tierarzt oder Besamungstechniker beraten lässt, sich nicht eine Jocko Besne Herde aufbaut? Haben wir bald eine ähnliche Situation wie in Kanada, wo 95 % aller Holsteinkühe Gene des Bullen Starbuck in sich tragen und die kanadischen Zuchtorganisationen auch noch stolz darauf sind? Starbuck ist ohne Frage ein super Bulle. Besteht nicht dennoch die Gefahr, dass diesem Bullen in ein paar Jahren eine Krankheit nachgewiesen werden kann, auf welche die Tiere gar nicht untersucht wurden und die Gene nicht weiterverbreitet werden dürfen? Alles Spekulation, aber dennoch eine Gefahr. Die genetische Vielfalt geht in der Holsteinzucht immer weiter verloren.

Die Einheitskuh entsteht. Die Eigenschaften Eutergesundheit und Nutzungsdauer werden zu sehr außer acht gelassen. So haben fast alle Jocko Besne Söhne einen weit unterdurchschnittlichen Zuchtwert bei den Somatischen Zellen. Sie vererben also eine schlechte Eutergesundheit, die Kühe sind empfindlicher und es entstehen viel schneller Euterentzündungen. Eine Euterentzündung bei einer Kuh verursacht Kosten, die dem Landwirt oftmals nicht bewusst sind. So können, bei Einbeziehung der Tierarzt- und Medikamentenkosten, dem Milchausfall bei antibiotischer Behandlung und dem Milchrückgang über die ganze Laktation, Kosten von über 300 Euro pro Euterentzündung entstehen. Und trotzdem ist Jocko Besne nicht mehr wegzudenken.

Im Laufe der letzten Jahre haben sich die Anpaarungsempfehlungen der einzelnen Zuchtverbände für jede einzelne Kuh als sehr hilfreich erwiesen. Diese haben jedoch den Nachteil, dass die Zuchtverbände natürlich am liebsten ihre eigenen Bullen an den Mann bzw. die Frau bringen wollen. Es gibt jedoch noch eine andere schöne Aussicht: Mit dem neuen Tierschutzgesetz, welches im Jahr 2007 erscheint, wird in den verschiedenen Rassen festgelegt, dass nur noch ein bestimmter Inzuchtgrad legal ist. Damit sollen zu „starke“ Linien etwas zurückgehalten und die genetische Vielfalt in der Rasse erhalten werden.

Zusätzlich besteht seit neuestem eine Gefahr, weil die Leistungsprüfung für die Tiere privatisiert wird. Der Staat entzieht sich damit der Verpflichtung, eine Arten- und Rassevielfalt sicherzustellen. Dies betrifft auch die Festlegung von Zuchtzielen. Private Unternehmen werden diese Aufgaben übernehmen und die Vorgaben an ihren eigenen Zielen ausrichten. Man wird sich noch weniger als bisher an den Ansprüchen der Landwirte in den einzelnen Regionen orientieren. Ferner herrscht Unklarheit, wer die anfallenden Kosten übernehmen soll.

Die Zucht bleibt aber ein spannendes Geschäft und ich kann nur jedem einzelnen Milchviehalter raten, sich Informationen über neue und alte Bullen zu besorgen, diese zu lesen und gegebenenfalls mit dem Zuchtinspektor der einzelnen Zuchtverbände oder auch mit dem Nachbarbetrieb zu diskutieren.

Jörn Manke

Seehofers Eckpunkte

Wie die Bundesregierung der Gentechnik in Deutschland eine Zukunft verschaffen will

Es hat lange gedauert, bis das Papier für eine Novellierung des Gentechnikrechts fertig war. Schon im Frühjahr sollte die Neufassung kommen. Dass es so lange gedauert hat, bis Landwirtschaftsminister Horst Seehofer mit seinem neuen Vorschlag kommt, hat verschiedene Gründe. Als Neuling ist Seehofer offenbar von der politischen Brisanz des Themas, vor allem in seinem bayrischen Wahlkreis, überrascht worden. Zum anderen wurde ihm schnell klar (gemacht), dass er in Sachen Gentechnik keinen Alleingang machen kann. Neben der Kanzlerin wollte vor allem die Forschungsministerin mitreden. Dass der Koalitionspartner SPD bei einer Novellierung auch beteiligt werden muss ist selbstverständlich. Dennoch war die SPD nicht an der Entstehung des Eckpunktepapiers beteiligt. Sehr zu deren Unmut. Besonders verärgert aber war die SPD darüber, dass der Bauernverband das Papier noch vor dem Koalitionspartner bekommen hatte.

Inhaltlich kritisiert SPD Fraktionsvize Ulrich Kelber das Papier als einer der Ersten. Vor allem dass die Haftung in Auskreuzungsfällen nur noch auf die unmittelbaren Nachbarn beschränkt werden soll, könne nicht so bleiben. Auch könne es nicht sein, dass die Bauern auf den Kosten für Tests sitzen bleiben, mit denen sie die Gentechnikfreiheit ihrer Produkte belegen müssen.

Was lange währt ...

Der lange Entstehungsprozess ist offenbar einem Streit zwischen dem Forschungs- und Landwirtschaftsministerium geschuldet. Keine Einigung besteht bisher über den in Zukunft einzuhaltenden Abstand zum nächsten Maisacker. Während das Forschungsministerium von 50 Metern ausgeht will Seehofer 150 Meter. Durchgesetzt hat sich das Forschungsministerium mit der Einführung von Erleichterungen für die Forschung. So soll es in Zukunft möglich sein, dass Auskreuzungsprodukte nicht zugelassener Sorten legalisiert und thermisch verwertet werden können. Ob eine derartige Regelung allerdings bei der EU Bestand hätte, bleibt fraglich. Nach dem derzeit geltenden Recht besteht für nicht zugelassene Sorten eine Nulltoleranz. Darauf hatte die EU-Behörde auf Nachfrage des BMELV ausdrücklich hingewiesen.

Öffentliche Haftung wieder Thema

Beachtlich ist der Passus, nach dem der Bund für Auskreuzungen aus Forschungsvorhaben haften könnte, wenn er an der Finanzierung beteiligt war. Ein Haftungsfond, wenn auch für den kommerziellen Anbau, war bisher immer ausgeschlossen worden. Auf diesem Umweg soll es nun offenbar gelingen, doch noch einen öffentlichen Haftungsfond, wenn auch nur

für die Forschung, zu etablieren. Für den BUND stellt Gentechnikexpertin Heike Moldenhauer, klar, dass nur eine Nulltoleranz in Zukunft eine gentechnikfreie Landwirtschaft garantieren kann. „Das Eckpunktepapier kommt dieser Forderung aber nicht nach und erteilt der Forschungslobby das Recht auf „allumfassende gentechnische Kontamination“.

Schäden entstehen auch unter 0,9 %

Besonders kritisch sieht Annemarie Volling, Koordinatorin der Gentechnikfreien Regionen der AbL, die Absicht, Haftungsfälle erst ab dem Kennzeichnungsschwellenwert von 0,9 % zuzulassen. Die abnehmende Hand verlangt Ware, die deutlich unter diesem Wert liegt. Um den Kennzeichnungs-



Die Mehrzahl der Bauern ist gegen Gentechnik auf dem Acker.

Foto: Nürnberger

wert im Endprodukt von 0,9 % sicher zu unterschreiten, räumt sich die verarbeitende Branche einen deutlichen Puffer ein, da es auch im Laufe des Verarbeitungsprozesses weitere Kontaminationsquellen gibt. „Die meisten Haftungsfälle werden deshalb schon bei einer Kontamination unter 0,9 % auftreten. Für solche praxisnahen Fragen hat das Eckpunktepapier keine Lösungen. Im Übrigen muss das Ziel des Gentechnikgesetzes sein, einen Rahmen zu schaffen, bei dem erst gar keine Schadensfälle entstehen.“ so die Koordinatorin.

Bayer beruft sich auf höhere Gewalt

Nach dem Skandal wegen der Verunreinigung von Langkornreis durch den nicht zugelassenen Gentech-Reis LL601 aus dem Hause Bayer CropScience versucht der Konzern die Wogen zu glätten und sich herauszureden. Der Konzern ist sich keiner Schuld bewusst und macht höhere Gewalt und angeblich sorglose Landwirte für den erheblichen Schaden verantwortlich. Nachdem sich viele US-Farmer zusammenschlossen und Sammelklagen in Millionenhöhe gegen das Unternehmen einreichten, reagierte Bayer jetzt mit einem dreißigseitigen Antwortschreiben. Wie die Washington Post berichtet, lässt sich dieses

Verschleiern statt beteiligen

Als Reaktion auf die Demonstrationen an und auf Genmaiskfeldern in diesem Jahr plant die Bundesregierung, das Standortregister weniger öffentlich zu machen. Anstatt der Flurstücke sollen in Zukunft nur noch die Gemarkungen öffentlich einzusehen sein. Allein Nachbarlandwirte und Imker hätten dann ein Recht auf Auskunft. Die Öffentlichkeit darf nicht. Wo an anderer Stelle über mehr Transparenz und Vereinfachung der Systeme geredet wird, ist bei der Gentechnik umständliche Verschleierung und Bürokratisierung angesagt.

Bauernverband rät ab

Für den Bauernverband bleibt trotz Novelle alles beim alten. „Wir müssen vom Anbau gentechnisch veränderten Saatguts abraten“, sagte Gerd Sonnleitner der Rheinischen Post. „Ich kann doch Landwirten nicht etwas empfehlen, was unabsehbare Risiken birgt. Zudem wollen die Verbraucher die Produkte nicht. Warum sollen wir etwas produzieren was niemand will?“

Wie geht es weiter?

Bisher war die SPD außen vor. Vor allem Umweltminister Sigmar Gabriel, der sich in der Vergangenheit eher unkritisch äußerte, muss das Papier jetzt schmackhaft gemacht werden. Aber auch in den Fraktionen der SPD und der CDU/CSU gibt es noch Kritiker. Horst Seehofer ist sehr bemüht, dass die Änderungen nur als Präzisierung des bestehenden Gesetzes verstanden werden. Damit täuscht er darüber hinweg, dass das Eckpunktepapier der Forschung und von ihr ausgehenden Kontamination alle Türen öffnet. Auf Praxisfragen aus der Landwirtschaft hingegen werden allenfalls oberflächliche Lösungen angeboten. *mm*

Gen-Weizen in den USA

Die amerikanische Lebensmittelindustrie will auch weiterhin keinen gentechnisch veränderten Weizen verarbeiten. Die Anbaufläche für Weizen in US-Amerika ist rückläufig. Schon jetzt steigen deshalb die Importe von Sommerweizen aus Kanada. „Die Lebensmittelindustrie zahlt derzeit jeden Preis (für Weizen)“, beschreibt Ron Olson, Vizepräsident der General Mills' die Situation. Farmern werden von den Genmultis bessere Erträge versprochen, wenn sie deren Sorten verwenden. Monsanto bietet schon seit 2004 einen herbizidtoleranten Weizen an und auch das Schweizer Unternehmen Syngenta hat eine krankheitsresistente Gen-Weizensorte im Angebot. „Der Markt ist aber nicht reif dafür“ sagt Ron Olson „Wir würden unsere Handelsgrundlage verlieren.“

Dokument auf drei Kernaussagen kürzen. „Höhere Gewalt“, „unvorhersehbare Umstände“ und zu guter Letzt „sorglose Farmer“ seien verantwortlich für die Verunreinigung. Die Klägervorteiler zeigten sich empört über diese Meldung. „Die Landwirte sind unschuldige Opfer“ wird eine Anwaltskanzlei zitiert, die eine der größten Sammelklagen im US Bundesstaat Missouri eingebracht hat. Die Landwirte hatten keine Informationen über irgendwelche Verunreinigungen der Saat. Und so bleibt weiterhin ungeklärt, wie es zu der Verunreinigung kam.

Jörn Manke

Freilandferkel ohne Ende

Ein Bauer aus Norddeutschland geht bei der Bioferkelproduktion neue Wege. Nicht unbedingt die schon länger praktizierte Freilandhaltung, sondern die Zahl der Sauen ist das Besondere. 700 von ihnen leben im Landkreis Stade und werfen im Jahr 1.400 Bioferkel.

Deutschlands größter Bioferkel-erzeuger sitzt im Landkreis Stade. Genauer gesagt in dem kleinen Ort Deinste. Hier hält Matthias Gerken mit seinem Partner Heinz Hauschild 700 Sauen und produziert im Jahr ca. 14.000 Ferkel für den Biomarkt. Wer allerdings nach großen Hallen Ausschau hält wird den Betrieb nicht finden. Zu übersehen ist er trotzdem nicht, denn die Sauen leben im Freiland. Jedes Mutterschwein bekommt zum Ferkeln eine eigene Hütte mit Auslauf. Das braucht Fläche. 100 ha sind inzwischen als Weide eingezäunt. Um den Krankheitsdruck zu reduzieren rotieren die Flächen. Die abferkelnden Mütter kommen so alle anderthalb Jahre auf die selbe Fläche. Bei den Wartegruppen verkürzt sich der Zeitraum auf ein Jahr. Die nicht beweideten Flächen werden als Acker genutzt. Nächstes Jahr wird z. B. Sommerweizen angebaut. Im Schnitt haben die Sauen 9 bis 10 Ferkel. „Das ist deutlich besser, als wir nach der Umstellung erwartet haben“



Schweinehütten bis zum „Horizont“. 700 Sauen brauchen Platz. Foto: Nürnberger

erzählt Matthias Gerken, der für die Schweinehaltung verantwortlich ist.

Geringe Investitionskosten

Die Freiland-Ferkelproduktion gibt es in Deinste schon seit 1999. Damals startete man mit dem Inventar eines dänischen Bauern, der die Ferkelproduktion aufhörte. Pro Platz und inklusive Sau rechnete man damals mit 1.000 DM.

Technik und Gebäude sind einfach. Für die ferkelführenden Sauen gibt es isolierte Hütten. Ein einzelner elektrischer Weidedraht grenzt die einzelnen Parzellen voneinander ab. Für die Ferkel kein Hindernis. Sie streunern in ihrer Rotte über das gesamte Gelände. Nach Außen ist die gesamte Fläche nochmals mit einem doppelten Zaun versehen. Gegen Besucher, aber vor allem, damit die Übertragung von Krankheiten wie der Schweinepest durch Wildschweine ausgeschlossen wird. Die Wasserversorgung der Selbsttränken liegt oberflächlich. Ein einfaches System mit Schwä-

chen: „Bei Frost ist dann eine Person den ganzen Tag mit Wasser fahren beschäftigt.“ berichtet Gerken.

Das Futter lagert in dem einzigen Gebäude, einem kleinen Schuppen. Die Pellets werden mit Schlepper und Futterwagen verteilt. Als Rauhfutter gibt es zusätzlich zum Aufwuchs noch Rund-



Fühlen sich sichtbar wohl: Bioferkel in Deinste

Fotos: Nürnberger

Schweine selbst bedienen. Ein alter Bauwagen dient als Büro und Umkleideraum.

60 Tage bei der Mutter

Das Abferkeln bleibt den Sauen weitgehend selbst überlassen. Nur wenn es im Sommer besonders heiß ist und die Tiere sich schwer tun, gibt es menschliche Unterstützung. 60 Tage bleiben die Ferkel dann im „Familienverbund“. Vor der Umstellung auf Bio waren es nur 28 Tage. Vor allem beim Absetzen macht das einen Unterschied. Da heißt es früh aufstehen. Um drei Uhr sollte man schon da sein. Wenn es anfängt, hell zu werden, sind die Ferkel schon unterwegs und man hat keine Chance mehr. Verkauft werden die Ferkel erst mit ca. 28 kg. Bis die Absetzer dieses Gewicht haben, werden sie an einer zweiten Betriebsstätte, auf einem ehemaligen Bundeswehrgelände, weitergemästet.

Einer nimmt alle

Alleiniger Abnehmer ist die EDEKA-Tochter Goldswien GmbH. Mit ihr hat die Deinster Outdoor GbR einen Fünfjahresvertrag. Eigentlich läuft alles gut. Doch ein Paar Haken gibt es auch in

Deinste. Der Betrieb ist extrem spezialisiert. Der gesamte Ackerbau wird von dem Partner Heinz Hauschild erledigt. Die betriebseigenen Flächen sind als Futtergrundlage mit 200 ha zu gering. Ein ökologischer Partnerbetrieb wäre schön, ist aber nicht in Sicht. So wird auch in Zukunft viel Futter zugekauft werden müssen. Da schlagen vor allem die seit September anziehenden Preise zu buche. Was die Ackerbauern freut kostet in der Veredlung Geld. Vor allem wenn man auf Zukauf angewiesen ist. Inzwischen kostet das Ferkel 3.50 Euro mehr in der Produktion rechnet Gerken vor. Der Verkaufspreis ist mit 2,50 €/kg gleich geblieben. Derzeit produziert der Betrieb EU-Bio. In einem Jahr soll dann aber das Biolandlabel am Tor hängen. Dann sind zumindest die eigenen Flächen umgestellt.

Matthias Gerken ist keiner, der vom Schreibtisch aus arbeitet. Und auch wenn er gemeinsam mit seinem Partner in einer GbR organisiert ist, bleibt die Schweinehaltung ein Familienunternehmen. Als Arbeitskräfte gibt es außer Gerken selbst und seiner Frau, die die Buchhaltung macht, noch eine Angestellte und Lehrlinge. Da muss jeder mit anfassen. *mn*

Bioschwein bei EDEKA

Der Markt mit Bioschweinefleisch wächst rasant. Bei großer Nachfrage fehlen aber die Produzenten. EDEKA geht eigene Weg und baut eine eigene Versorgung auf

Der Bioboom ist ungebrochen und hat inzwischen auch die Nachfrage von Biofleisch in die Höhe getrieben. Im kommenden Jahr will EDEKA deshalb verstärkt in die Vermarktung von Bio-Schweinefleisch einsteigen. Und während das Unternehmen in diesem Jahr nach eigenen Angaben 5.000 Schweine vermarktet hat, sollen es im kommenden Jahr stolze 15.000 werden. Doch woher nehmen. Seit Jahren gibt es einen Engpass bei den Ferkelproduzenten. Das führt dazu, dass Mäster immer wieder mit Ausnahme-

genehmigung konventionelle Ferkel zukaufen durften. Kritische Stimmen behaupten, dass diese Praxis, die aus Sicht der Mäster finanziell besonders interessant ist, weil das Endprodukt natürlich den gleichen Preis hat wie wenn teurere Bioferkel gemästet würden, es verhinderte, dass neue Bioferkelerzeuger dazugekommen sind.

Neue Wege gehen

Schon vor über einem Jahr machte sich EDEKA oder vielmehr die EDEKA-Tochter Goldswien GmbH auf die Su-

che nach einem Ausweg. Nach Möglichkeit wollte man einen zentralen Betrieb, der ein Gros der Nachfrage abdeckt. Damit man vor möglichen Seuchenausbrüchen und Sperrgebieten sicher ist, sollte der Betrieb nicht in den Zentren der Schweineproduktion liegen. Und vor allem: Der Betrieb musste auf Bio umzustellen sein, was für viele konventionelle Halter vor allem baulich mit großen Investitionen verbunden ist. Mit der Deinster Outdoor GbR hat man Anfang des Jahres einen optimalen Partner gefunden. Auf

ca. 100 ha werden hier 700 Sauen im Freiland gehalten. Im Jahr produziert der Betrieb an die 14.000 Ferkel.

Der Handel organisiert selbst

EDEKA, die mit Gutfleisch schon ein Markenfleischprogramm hat, hat die Organisation vom Ferkel bis zur Schweinehälfte an die eigene Tochter Goldswien GmbH ausgelagert. Die Goldswien ist aber nicht nur für den reibungslosen Ablauf und das Qua-

Fortsetzung auf Seite 13 oben ►

Fortsetzung von Seite 12 unten ►

litätsmanagement verantwortlich. Sie organisiert auch ganz maßgeblich die Produktion.

In einem fünfjährigen Vertrag mit der Deinster Outdoor GbR ist die Abnahme der Ferkel zu festen Preisen geregelt. Goldswien verteilt die Ferkel dann mit dem eigenen Fuhrpark an die Mäster. Da 14.000 Mastplätze nicht über Nacht auftauchen sucht Dr. Uwe Balliert, Geschäftsführer der Goldswien GmbH, deshalb dringend nach zusätzlichen Kapazitäten. Bestehende Biobetriebe haben in der Regel gut organisierte Absatzwege und feste Partner. Deshalb sind es vor allem Umstellungsbetriebe oder Biobetriebe, die neu in die Schweinemast einsteigen, berichtet Balliert. Die Betriebsgrößen beginnen bei 50 bis 100 Schweinen und gehen bis zu 5.000 Mastplätzen.

Bisher läuft die ganze Schiene noch unter der EU-Biorichtlinie. Für EDEKA ist aber eine Auslobung über dem EU-Standard ein zusätzliches Verkaufsargument und eine Möglichkeit zur Abgrenzung gegenüber den Discountern. In Zukunft soll deshalb ein Verbandslogo auf den Schnitzeln kleben. „Welcher Verband ist uns egal.“ berichtet Balliert „Wir haben mit vielen gesprochen.“ Mit Bioland aber offensichtlich etwas intensiver. Denn im nächsten Jahr soll die Deinster Bioland GbR das Biolandsiegel führen.

Das bedeutet aber nicht, dass das gesamte Bio-Schweinefleischprogramm bei EDEKA unter dem Biosiegel fiermiert. Die Mäster müssen natürlich Bio sein, ob im Verband oder auf EU-Bio-Niveau ist zumindest derzeit egal.

Strategisch positioniert

Der Goldswien kommt in dem ganzen Ablauf eine zentrale Rolle zu. Sie sitzt an allen strategischen Schnittstellen. Ferkel – Mäster, Mäster – Schlachtung (bis zu Hälften) und Schlachtung – Verarbeitung. Erfahrungen gibt es aus dem ähnlich straff organisierten Gutfleischprogramm. Ganz im Sinne der Verbraucher wie das Zitat belegt „Mit dieser Beschaffungsfunktion ist der Einfluss auf die Produktqualität, mit den primären Eigenschaften wie Zartheit, Saftigkeit, Aroma und Marmorierung gegeben.“ Der Verdacht, dass die durchgängige Organisation durch ein Tochterunternehmen des eigentlichen Abnehmers EDEKA eine Art der Vertragslandwirtschaft ist, die Abhängigkeiten erzeugt, weist Balliert von sich. Und außerdem sei eine Abhängigkeit ja auch in der anderen Richtung gegeben. Wenn der Ferkelproduzent finanziell nicht überleben kann, bricht die gesamte Kette zusammen. Zum jetzigen Zeitpunkt ist das sicher richtig. Gerade das kann aber aus Sicht von EDEKA keine dauerhafte Lösung sein. Es ist deshalb anzunehmen, dass sich

das Unternehmen in den kommenden Jahren breiter aufstellen wird. Dies gilt sowohl für die Ferkelproduktion als auch für die Mast. Momentan profitieren alle von der hohen Nachfrage und steigenden Preisen. Wenn der Markt ausgeglichen ist, wird man sehen, wie viel Rücksicht auf die „eigenen“ Produzenten genommen wird.

Bioland als Lizenzgeber

Bioland, unter dessen Siegel zumindest die Ferkel in absehbarer Zukunft laufen sollen, bleibt passiv. Sicher ist es schön für den Verband, wenn das eigene Logo so prominent genutzt wird. Und man hat es auch geschafft, die ausländische Konkurrenz, z. B. Danish Crown, auszuboten.

Allerdings hat der Verband es versäumt, sich aktiv an der Entwicklung des Marktes zu beteiligen. Wäre es nicht vielmehr die Aufgabe von Bioland gewesen, die Warenströme selbst zu organisieren, als dies dem Lebensmittelhandel zu überlassen? Bioland ist mehr als ein Lizenzgeber. Der Verband muss an einer nachhaltigen Entwicklung der Bio-Märkte Interesse haben und mitwirken. Dazu gehört vor allem ein gesundes Wachstum und die unabhängige Struktur der Absatzwege. Dem Lebensmittelhandel den gesamten Vermarktungsweg zu überlassen kann dagegen nicht im Interesse der Landwirte sein.

mn



Lauter kleine „Gold“-Schweine.

Foto: Nürnberger

Biolandbau – Verkaufsargumente und Marktmacht

Diskussion auf der Abl-Mitgliederversammlung zum Bioboom

Der Markt für Bioprodukte hat sich verändert. Die KundInnen, die früher auf den Hof von Ulrike und Friedrich Ostendorff kamen, zum Beispiel, kaufen nun lieber in den verbleibenden Bioläden und den größer werdenden Bio-Regalen der Supermärkte um die Ecke ein. Der Bio-Anteil am Lebensmittelmarkt steigt zwar an, doch Selbstvermarktung (Direktvermarktung) wird schwieriger, „Bio“ wird mehr und mehr zu einem Lockmittel der Discounters. Diese wollen Bioprodukte immer billiger einkaufen, Importe nehmen zu. Steht Bäuerlichkeit noch im Mittelpunkt, wenn es um „Bio“ geht – wo sogar einige Bio-Verbandsberater ihren Schweinemästern raten, doch lieber Soja aus der Ukraine zu kaufen anstatt Ackerbohnen zu verfüttern? Mit dem Wandel im Bio-Markt hat sich der Arbeitskreis Bioboom und die Bäuerinnen und Bauern in Altkirchen auseinandergesetzt.

Strategien überdenken

Ob Bio oder konventionell ist heute für viele Bauern eine Frage der betriebs-

wirtschaftlichen Kalkulation, während es früher eine Frage der Ideologie war, so Dietmar Groß. Gyso von Bonin bemängelt an der Erzeugerseite, dass viele Bauern zu schnell bereit seien, zu Abnehmern überzulaufen, die ihnen kurzfristig einen guten Preis bieten. Dass diese Aufkäufer ihre Lieferanten jedoch auch oft schnell wieder fallen lassen, weil sie anderswo besser Profit machen können, werde oft nicht bedacht. Er plädiert für die Bildung von Erzeugergemeinschaften, die der bäuerlichen Seite mehr Marktmacht verschaffen könnten, und er spricht sich für langfristige Bindungen zwischen Aufkäufern und Erzeugern aus, die auf Vertrauen, Fairness und guter Kommunikation basieren müssten.

Diese Prinzipien sind auch im Umgang mit den Endkunden wichtig. Rudolf Oberpiller von der Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft „Tagwerk“ meint, da es auch bei den Bio-Kunden immer weniger „Fundis“ gebe, müsse man aufs Neue Menschen überzeugen, die erst mal keinen Bezug zur Landwirt-

schaft haben: Organisierte touristische Fahrradtouren zum Beispiel, auf denen Bio-Höfe besucht werden, könnten den möglichen Kunden den Wert einer bäuerlichen Landwirtschaft, einer regionalen Produktion und der daraus entstehenden Kulturlandschaft nahe bringen.

Aus der Eifel-Ardenne-Region, aus dem Landkreis Göttingen und auch aus England wissen Einige im Kreis zu berichten, dass Regionalität bei vielen Kunden eine wichtige Rolle spielt, die Kunden sogar eher zu regionalen Produkten als zu Bio greifen. Vielleicht sollte noch mehr – über Fahrradtouren, Werbung für Abo-Kisten und andere Aktionen – der regionale Bezug und das Bewusstsein für die Landwirtschaft im Umland, und darüber dann auch für den Mehrwert von Bioprodukten geschärft werden. Denn sinnvoll ist es nicht, wenn, wie Wendy Peters aus der Schweiz zu berichten wusste, Schweizer Biomilch in die USA exportiert wird und dafür Biofuttermittel aus Deutschland importiert werden. „Soviel regional wie mög-

lich“ gehört zum Bio-Gedanken dazu. Auch wenn es Grenzen gibt, wie Sepp Amerstorfer aus Österreich bemerkt: Bei einigen verarbeiteten Produkten seien die Kosten dafür, eine Bioschiene getrennt zu halten, in gemischten Lebensmittelverarbeitenden Betrieben zu hoch.

Zum Schluss wurde noch die EU-Bioverordnung angesprochen, auch hier gilt: Die Macht, zu definieren was Biolandwirtschaft ist, darf nicht an Handel und Lebensmittelindustrie abgegeben werden. „Bio“ muss weiterhin mehr bedeuten als „ohne Pestizide produziert“. Deshalb muss die bäuerliche „Bio“-Bewegung bei der Neufassung der Verordnung beteiligt werden.

Antje Kölling

Wachsen, Wandeln Weichen!

Über die Wirtschaftlichkeit im ökologischen Landbau

Gentechnikfreier Reis – garantiert

Die weltgrößten Reisproduzenten, Thailand und Vietnam, haben entschieden, nur noch gentechnikfreien Reis anzubauen. Die Entscheidung steht in engem Zusammenhang mit den in den USA und in China bekannt gewordenen Verunreinigungen mit der gentechnischen Reissorte LL 601. Auch der spanische Reiskoncern Ebro Puleva, der zu den weltgrößten Reishändlern zählt, hat auf die Verunreinigung reagiert. Zukünftig wird er keinen Reis mehr aus den USA und aus China beziehen.

mn

Unter diesem Motto stand die 14. Witzenhäuser Konferenz, die vom 6. bis 12. Dezember im Fachbereich Ökologische Agrarwissenschaften der Universität Kassel stattfand. Organisiert wird die Veranstaltung traditionell von Studierenden. Seit April hat sich die achtköpfige Gruppe mit der Themenfindung und der anschließenden Organisation befasst.

Das Motto spielt bewusst mit dem Bauernverbandslogon „Wachsen oder Weichen“. „Es war uns wichtig, die Bedeutung Wirtschaftlichkeit von Betrieben zu betonen.“ sagt Mabella Tacke als Mitorganisatorin „Allzu oft werden wir in die Ecke der Ökoträume gestellt, denen der Sinn für das Wesentliche fehlt.“

Wie bedeutend die Ökonomie für das Überleben der Betriebe ist, wurde auch von vielen Rednern aufgegriffen. Und während Prof. Dr. Detlev Möller die wissenschaftliche Sichtweise darstellt, bei der man versucht, möglichst alle Parameter in konkrete Zahlen zu fassen, betonte der Europaabgeordnete Friedrich Wilhelm Graefe zu Bahringdorf, dass der Biologische Landbau, aber auch die bäuerliche Landwirtschaft Leistungen erbringen, die sich nicht in ein derartiges Korsett zwängen lassen, aber dennoch von entscheidender

Bedeutung sind. Bernward Geier, ehemaliger Direktor von IFOAM (international Federation of Organic Agriculture Movements), wagte den Blick in die Zukunft und skizzierte die Herausforderungen der nächsten Jahre anhand von Beispielen aus Amerika, wo der Einstieg internationaler Lebensmittelkonzerne die Entwicklungen des Biosektors hin zur industriellen Produktion forciert.

Am dritten Konferenztag kamen vor allem die Praktiker zu Wort und berichteten von ihren Konzepten und Erfahrungen. Aber auch Umstrukturierungen aufgrund von Fehlern wurden nicht ausgespart. Nicht zuletzt die lebendigen Beschreibungen der Höfe ließen bei vielen Zuhörern eine positive Stimmung und den Wunsch zum eigenen Anpacken entstehen.

Im Vergleich zu den Vorjahren lag der Schwerpunkt der 14. Konferenz verstärkt auf der betriebswirtschaftlichen Sichtweise. Dem Interesse tat dies keinen Abbruch. Durchgängig waren zwischen 100 und 140 Personen anwesend.

Die vier Tage haben deutlich gemacht, dass Wachsen nichts Negatives sein muss. Die Form ist entscheidend. Es geht nicht um ein „immer größer immer billiger“, sondern um die geschickte Entwicklung des Betriebes (Wandeln). Dabei liegt es bei den Verantwortlichen (Vermarktungs-) Wege zu erschließen, die einen angemessenen Preis garantieren. Bei der Vermittlung des Mehrwerts der Erzeugnisse spielen insbesondere die weichen Faktoren, die so schlecht wissenschaftlich greifbar sind, eine wichtige Rolle. Und zuletzt geht es



Das studentische Konferenzorganisationsteam mit Betreuern

auch darum, sicher zu stellen, dass der Betrieb weitergeführt wird, was für die Vorbesitzer in der Regel mit einem Weichen verbunden ist.

mn.

Nürnberg, Germany

15. – 18.2.2007



BioFach 2007

Weltleitmesse für Bio-Produkte
World Organic Trade Fair

Hier trifft sich die Biowelt
Where organic people meet

www.biofach.de

Wann trägt Öko-Landbau die schönsten Früchte – auf der BioFach erfahren Sie es!

- **Überzeugend:** Die Nachfrage nach Bio-Qualität wächst
- **Umfassend:** Informieren Sie sich über internationale Trends, Tipps und Erfahrungen zum Öko-Landbau
- **Unwiderstehlich:** Über 2.100 Aussteller präsentieren das Weltangebot an Bio-Produkten in zertifizierter Qualität
- **Frisch:** Innovationen zum Thema landwirtschaftliche Betriebsmittel und Vermarktungsbedarf

Veranstalter

NürnbergMesse
Tel +49 (0) 9 11 . 86 06-49 09
Fax +49 (0) 9 11 . 86 06-49 08
besucherinfo@nuernbergmesse.de

Schirmherr der BioFach



International Federation of
Organic Agriculture Movements

NÜRNBERG MESSE



Rechnungen ohne Details, bitte!

In Aufbereiterrechnungen sollten nur die nötigsten Informationen stehen

Eigentlich sind ja Rechnungen immer ungeschön, außer man stellt sie selbst. Diese Rechnung einer Raiffeisen-Zentrale an ihren bäuerlichen Kunden enthielt allerdings einen Passus, der sie nicht nur unerfreulich macht, weil sie die Nachricht übermittelt, dass etwas gezahlt werden soll. Zum ersten Mal stellte Raiffeisen seinem langjährigen Kunden ausdrücklich die Reinigung von „Nachbau“ Getreide in Rechnung. Als der Bauer daraufhin zum Telefonhörer griff und nachfragte, was denn das zu bedeuten habe, erhielt er zweimal nur die Gegenfrage zur Antwort, ob es sich denn nicht um Nachbau handeln würde. Als der Bauer daraufhin angab, es habe sich um die Reinigung von Konsumgetreide gehandelt und er wolle, dass die Rechnung geändert werde, da er sonst nicht zahlen würde, hieß es, dass doch dann damit alles erledigt wäre. Des weiteren gab es noch die lapidare Erklärung, das zentrale Abrechnungsbüro habe die neue Formulierung in das Rechnungswesen eingebaut. Eine weniger druckvolle Bäuerin, die über dieselbe Formulierung in ihrer Rechnung von einem anderen Raiffeisen-Handelshaus gestolpert war, erhielt folgende Antwort auf ihre telefonische Anfrage: Da könne man nichts machen, dass sei ein neues Gesetz seit dem 1. Oktober. Man faxte ihr dann noch ein älteres Merkblatt zu, aus dem hervorgeht, welche Angaben Raiffeisen von seinen Aufbereitungskunden erheben möchte, um diese „im Falle einer rechtskräftigen Entscheidung des für die Region zuständigen Ober-

landesgerichtes“ an die Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) weiterzuleiten. „Ohne die vollständige Erhebung dieser Daten können wir die Aufbereitung nicht durchführen“ heißt es da. Mittlerweile gibt es längst nicht nur OLG-Entscheidungen, sondern auch Urteile von BGH und EuGH. Beide verweisen darauf, dass von der STV Anhaltspunkte vorgelegt werden müssen, um Informationen zu erhalten. Und Henning Ehlers vom Raiffeisenverband in Bonn bejaht auch, dass nicht pauschal Datensätze an die STV herausgegeben werden, sondern nur dann Kundennamen genannt werden, wenn die STV zuvor Sortennamen als Anhaltspunkte mit ihren in Verbindung gebracht hat. Es werde durchaus der Einzelfall betrachtet.

„Reinigen Getreide“

Jetzt entpuppt sich für die Bäuerinnen und Bauern allerdings als nachteilig, dass Raiffeisen, in etwas sehr vorausweisendem Gehorsam, immer auch Sortenbezeichnungen abgefragt hat und – wir erinnern uns: „Ohne die vollständige Erhebung dieser Daten können wir die Aufbereitung nicht durchführen“ – in diesem Punkt auch wenig kompromissbereit war. Aus juristischer Sicht, das haben BGH wie auch EuGH betont, gibt es keine Verpflichtungen der Bäuerinnen und Bauern, den

Aufbereitern ihres Saatgutes Sortennamen zu nennen. Und was der Aufbereiter nicht weiß muss er nicht der STV weitergeben. Wenn er es aber weiß, muss er es mitteilen, dass ist die Krux. Auch dieser Sachverhalt spricht dafür, nicht noch einmal einen ähnlichen Fehler zu begehen und Rechnungen zu schreiben bzw. zu bezahlen, in denen ausdrücklich auftaucht, dass Nachbaugetreide aufbereitet wurde. Wer weiß, was daraus noch wieder für Verpflichtungen erwachsen. Dass es auch ohne den Passus geht und auch ohne die Angabe von Sor-



Welche Sorte gereinigt wird geht keinen was an.

© BLE, Bonn / Foto: Thomas Stephan

tennamen ging und geht beweist der eingangs erwähnte Bauer. Er hat nun wieder eine Rechnung mit der Position „Reinigen Getreide“ erhalten und braucht sich damit nur noch über den Umstand ärgern, dass Rechnungen den Kontostand ruinieren, aber nicht den Datenschutz.

Gouverneur von Parana enteignet Syngenta

Roberto Requiao, der konservative Gouverneur des südlichen brasilianischen Bundesstaates Parana hat „im Interesse der Öffentlichkeit“ ein 120 ha großes Grundstück in Santa Tereza do Oeste, auf dem der Agrarmulti Syngenta gentechnische Experimente durchgeführt hatte, enteignet. Er will das Gelände jetzt in ein agroökologisches Ausbildungszentrum für Kleinbauern umwandeln. Im März diesen Jahres, während der Internationalen Biodiversitäts-Konvention, in Paraná's berühmter Hauptstadt Curitiba, hatten Mitglieder der Landlosen-Bewegung MST das Testgelände besetzt und verlangt, dass die Gentechniksoja, die Syngenta dort testete, vernichtet wird. Mit Erfolg. Wahlkampferecht solidarisierten sich Requiao und die Umweltministerin Marina Silva mit den Landlosen. Die Umweltbehörde IBAMA brummte Syngenta eine Strafe von 1 Millionen Real (360.000 EUR) auf, weil der Test zu nah am Iguacu Nationalpark

gelegen war und ordnete die Vernichtung der Gentech-Kulturen an. Die Landlosen aber blieben mit ihren Familien auf dem Gelände und richteten sich dort bäuerlich ein. Anfang November hatte Syngenta einen höchsttrichterlichen Räumungsbefehl erwirkt, um sie von dem Gelände der Firma zu vertreiben. Nachdem die Landlosen das Gelände geräumt hatten, schlug Requiao, mittlerweile wiedergewählt, zu und erklärte Syngenta die Enteignung zum Schutze der Umwelt vor Verschmutzungen aller Art. Der populistische Haudegen ist bekannt für seine beinharte Gentechnik-Gegnerschaft in einem der wichtigsten Soja-Anbaugebiete des Landes. Es heißt, den Vertreter von Monsanto habe er bei einem ersten Annäherungsversuch eigenhändig mit der Faust aus dem Gouverneurspalast vertrieben. Bei der Welt-Konferenz im März verstörte er die Regierungsvertreter mit Kampfansagen gegen die „Multinationale

Gentechnik-Mafia“ und begeisterte die Umwelt- und Bauernverbände mit Brandreden für eine gerechte Landwirtschaft und Landverteilung und Großplakaten in Curitiba, auf denen eine grinsende Vogelscheuche „GMO go home“ verkündete. Sein Bruder leitet den größten Soja-Umschlagshafen, Paranagua, den er jahrelang zur no go zone für Monsanto's Roundup Reday Soja gemacht hatte. Anfang diesen Jahres verlor er allerdings die Auseinandersetzung mit Lulas Zentralregierung, die eine Öffnung des Hafens für Gentech-Soja erzwang. Syngenta hat bisher weder die Strafe gezahlt, noch die Absicht, das Gelände aufzugeben, sondern zieht vor Gericht. Dort können sich die Dinge in Brasilien oft über Jahre hinziehen.

Benny Haerlin, Jahrgang 57, befasst sich schon länger mit Fragen der Gentechnik. Er arbeitet für die Zukunftsstiftung Landwirtschaft www.zs-l.de

Z-Saatguteinsatz stagniert

„Der Saatgutwechsel bei Getreide ist bundesweit im Wirtschaftsjahr 2005/2006 stabil geblieben. Im Durchschnitt aller Hauptgetreidearten liegt der Saatgutwechsel bei aktuell 54 Prozent und damit konstant auf Vorjahresniveau“, das ermittelte der Gemeinschaftsfonds Saatgetreide. Was hier so unaufgeregt präsentiert wird, ist für die Pflanzenzüchter kein erfreuliches Ergebnis, ist ihr Interesse doch eine kontinuierliche Steigerung des Z-Saatgutabsatzes. Offenbar ist aber weder das Z-Saatgut preislich wie qualitativ in der Vergangenheit soviel attraktiver geworden, noch schrecken die Nachbaugebühren so sehr ab, dass mehr Z-Saatgut an die Bäuerin und an den Bauern gebracht werden konnte. „Die aktuelle Höhe des Saatgutwechsels versteht die Saatgutwirtschaft alles in allem als Ansporn, um weitere Anstrengungen zu unternehmen, den Einsatz von Z-Saatgut für die Landwirte noch interessanter und attraktiver zu gestalten“, heißt es denn auch in einer Presseerklärung des Bundesverbandes deutscher Pflanzenzüchter.

Brasilien im Alkohol- und Biodieselausbruch

Brasilien betreibt eine offensive Politik für einen Ausbau von Biotreibstoffen. Allein Zuckerrohr wächst mittlerweile auf einer Fläche, die einem Drittel der Agrarfläche Deutschlands entspricht. Die Fläche soll vervierfacht werden. Hinzu kommen Ölpalmen, Soja, Rizinusöl u.a. Der Boom hat katastrophale Folgen, soziale und ökologische. Ein Bericht aus Brasilien

Im November 2005 verbrannte sich der 65jährige brasilianische Umweltschützer Francisco Anselmo Gomes de Barros, um zu verhindern, dass neue Ethanolfabriken in der ökologisch sensiblen Region des Pantanals entstehen. 1982 noch hatten er und seine Mitstreiter ein Gesetz zum Verbot weiterer Alkoholfabriken durchgesetzt, weil vor allem die Abwässer der Destillierereien das größte Feuchtgebiet der Welt bedrohen. Der Verbrennungstod des Umweltschützers brachte dem Pantanal allerdings nur 12 Monate Aufschub. Mitte Dezember 2006 nun entschieden die Abgeordneten von Mato Grosso do Sul, das Gesetz zugunsten der Ethanolproduzenten zu ändern, sprich zu entsorgen. Diese Entscheidung der Parlamentarier des brasilianischen Bundesstaates Mato Grosso do Sul zeigt exemplarisch, wohin Lateinamerikas größtes Land unter der Regierung der Partei Lula da Silva steuert: Anbau von nachwachsenden Rohstoffen und Biotreibstoffexport auf Teufel komm raus.

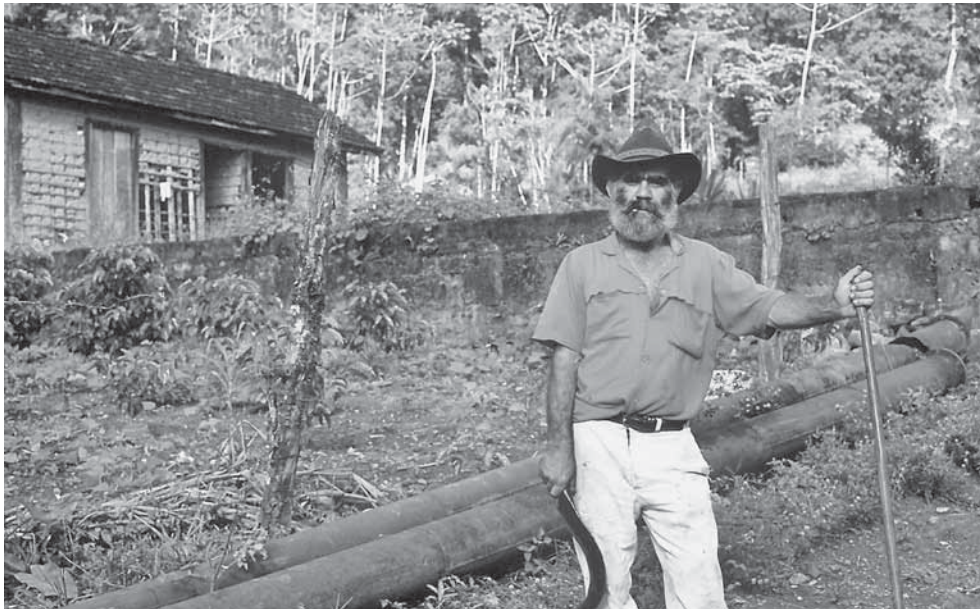
Alkohol als Treibstoff für täglich immer mehr werdende Autos war bereits ein Programm der brasilianischen Militärregierung. Ihr rücksichtslos gegen Kleinbauern, traditionelle Bevölkerungsgruppen und auf Kosten der Ökosysteme wie Mata Atlantica (Küstenregenwald) und Cerrado (Savanne) durchgesetztes PROÁLCOOL-Programm, das der alternative Nobelpreisträger José Lutzenberger einst als betrügerisch, unmoralisch und verbrecherisch kritisierte, führte zur Ausweitung des großflächigen Zuckerrohranbaus vor allem im Südosten, Nordosten und Südwesten Brasiliens.

Zuckerrohr im Tank

Heute wächst Zuckerrohr in Brasilien auf einer Fläche von fast 7 Mio. ha (entspricht über einem Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche Deutschlands). Sie sind in erster Linie in der Hand von Großgrundbesitzern. Aber weil heutzutage Ethanol auch den Namen Bioalkohol trägt und als angeblich umweltfreundlicher Treibstoffersatz für Benzin Devisen verspricht, will Brasilien seine „Bioalkoholproduktion“ noch ausweiten für den Export nach Europa, Japan, Südasiens und in die USA. Bereits 2003 warf der Amazonas-

staat rund 1,7 Milliarden Liter Ethanol auf den Weltmarkt.

Nach Meinung des Ex-Landwirtschaftsministers Roberto Rodrigues könne Brasilien die Zuckerrohranbaufläche „problemlos“ um weitere 20 Mio. ha erhöhen, was allerdings bei Menschenrechtlern und Umweltschützern die



Ein brasilianischer Kleinbauer in der Region der Mata Atlantica. Bisher baut er etwas Kaffee, Bohnen, Mais, Bananen an. Nun werden er und seine Kollegen von einem Konzern gedrängt, den „nachwachsenden“ Rohstoff Eukalyptus anzubauen. Nur ein Beispiel. Fotos: Suchanek

Warnlampen aufblinken lässt. „Die Expansion des Zuckerrohrs bedroht vor allem Kleinbauern und Kleinpächter, die keine Investitionsmöglichkeiten haben und die mit ihrem Kleinbesitz nicht in den Zuckerrohranbau einsteigen können – ihre Flächen werden in die agroindustriellen Komplexe einbezogen und wer nicht freiwillig weicht, wird brutal vertrieben“, fasste es eine Arbeitsgruppe der Brasiliertagung zusammen.

Biodiesel aus Palmöl

Ein Anteil von 20 bis 25 Prozent Alkohol im Benzintank ist schon lange Alltag in Brasilien. Neu ist Biodiesel an der Tankstelle. Tagtäglich flimmern Werbespots von der Regierung oder vom brasilianischen Erdölkonzern Petrobras über den Bildschirm, in denen für Biodiesel geworben wird. Naturlandschaften werden in den Spots gezeigt, die sich in Windeseile in Soja- oder Sonnenblumenplantagen bis zum Horizont wandeln, was ausnahmsweise tatsächlich der Realität entspricht. Die Ausweitung der Monokulturen von Tausenden von Hektaren für die Pflanzenölproduktion als Basis von Biodiesel

ist spätestens seit 2004 erklärtes Ziel der Regierung Lula da Silva, die nach eigenen Worten die Welt mit Biodiesel versorgen will.

Angefangen hat der Biodieselausbruch mit der Einweihung der ersten Biodiesel-Fabrik im Amazonas-Bundesstaat Para 2004. Denn an vorderster

anbaut und auf weiteren Flächen von abhängigen Kleinbauern anbauen lässt. Zusammen mit den Unternehmen Eco-mat, Dedini und der Bundesregierung startete Agropalma 2004 das Nationale Biodieselpogramm – Programa Nacional de Biodiesel. Agropalma ist Lateinamerikas größter Palmölproduzent

und will im nächsten Jahr seine Produktion von Biodiesel, auch Palm-diesel genannt, auf 185.000 Tonnen steigern. Gleichzeitig wirbt Agropalma aber auch mit einem vom Instituto Biodinamico, dem brasilianischen Demetervertreter, ausgestellten Biosiegel, weil es einen winzigen Teil seiner Plantagen biologisch bewirtschaftet. Peinlich: Das „Öko-Waschmittel-Unternehmen“ Sodasan in Deutschland, das Palmöl von Agropalma bezieht, bezeichnet den Konzern, der für 80 Prozent der brasilianischen Palmölproduktion verantwortlich ist, verniedlichend als „Projekt“. Sodasan: „Bereits seit 1982 arbeitet im Nordosten Brasiliens das Projekt Agropalma, das u.a. Ölpalmen in Demeter-Qualität anbaut. Die Ernten sind überdurchschnittlich gut, da die klimatischen Bedingungen sehr günstig sind ...“

Sojadiesel ist billiger

Der Biodieselboom betrifft ebenso die von wenigen Unternehmen dominierte Sojabohnenbranche des Landes. Hauptakteur im Soja-Business ist das gleichfalls noch unter der brasilianischen Militärdiktatur 1977 gegründete Soja-Unternehmen Grupo André Maggi mit besten Kontakten zu internationalen Banken und angeblichen Umweltschutzorganisationen wie dem World Wide Fund for Nature. Nach eigenen Angaben kontrolliert die Grupo Amaggi eine Anbaufläche von über 60.000 ha, arbeitet im Soja-Transportgeschäft und ist mitverantwortlich für den Straßenbau bis ins Herz Amazoniens. Die weiteren Hauptakteure im brasilianischen Soja-Business heißen Bunge und Cargill.

2006 wuchsen insgesamt 55 Mio. t Sojabohnen auf einer Anbaufläche von über 22 Mio. ha in Brasilien. Mit 25 Mio. t wurde über die Hälfte davon exportiert. Für 2007 wird geschätzt, dass 1,2 Mio. t (2,2 %) der Soja-Ernte zu Biodiesel verarbeitet werden. Berechnungen der Landwirtschaftsschule



Vielfalt auf Brasiliens „Bauernmärkten“ – wie lange noch?

„Escola Superior de Agricultura Luiz de Queiroz (Esalq)“ zufolge sei die Herstellung von Biodiesel aus Soja am billigsten.

Soja und Regenwaldzerstörung

Die meisten Soja-Plantagen liegen im Süden, Südwesten und in Zentralbrasilien. Hauptopfer der Sojaexpansion sind deshalb die extrem artenreichen Cerrado-Trockenwälder. Inzwischen dringt die Sojafront aber auch schon in die Region des Amazonasregenswaldes vor. Das heißt aber nicht, dass „direkt“ Regenwald in Sojapflanzung umgewandelt wird. Das System ist etwas komplizierter. Man spricht hier vom „Vorantreiben der Rinderzüchterfront“. Zuerst wird der Wald abgeholzt, um Platz für eine Rinderweide zu machen. Nach einiger Zeit dann übernimmt ein Soja-Agrounternehmen das Land und pflanzt Soja, der Rinderzüchter wiederum lässt ein weiteres Stück Regenwald abholzen und so weiter und so fort. Die Gruppe Amaggi und die Vereinigung der Pflanzenölproduzenten (ABIOVE) sowie die Vereinigung der Getreidexporteure (ANEC) können deshalb bequem behaupten, dass sie für ihre Anbauflächen keinen Regenwald abholzen – das machen die Rinderzüchter für sie – und nur bereits abgeholzte „degradierte“ Flächen nützen.

Favelas wachsen

Wenn die Menschen, die im Regenwald, im Cerrado, in der Caatinga, im Atlantischen Regenwald, in der Restinga (Waldformation auf Sand an der Küste), im Mangrovengebiet leben; wenn sie ihr Land, ihren Lebensraum verlieren, dann machen sie sich auf in die nächste Stadt und erhöhen die Zahl der Slum-Bewohner. Allein in Rio wird die Zahl der „Favelados“ auf über 4 Millionen geschätzt. Slums gibt es aufgrund dieser desaströsen Entwicklung in Brasilien auch mitten im Amazonasgebiet, in Manaus, Santarem, Belém ...

Bitteres Rizinusöl

Brasiliens derzeit größter Biodieselproduzent ist das 2003 gegründete Aktienunternehmen Brasil Ecodiesel. Hauptaktionär ist die Firma Eco Green Solutions, die wiederum dem BT Global Investment Fund gehört, der wiederum von einem weiteren Unternehmen mit Sitz auf den Cayman-Inseln kontrolliert wird. Ecodiesel hat keine eigenen Plantagen. Das Unternehmen lässt anbauen und zwar Soja und Rizinus von industriellen Agrarbetrieben und von Kleinbauern vor allem im Nordosten Brasiliens. Die Gesamtanbaufläche von Rizinus betrug in diesem Jahr 142.899 ha. Weil Ecodiesel sein Rizinusöl von familiären Betrieben anbauen lässt, trägt das Unternehmen zwar das staatliche Siegel (Selo Combustível Social) für sozial verantwortliches Biodiesel und genießt deshalb deutliche staatliche Vergünstigungen. Doch so sozial ist weder Ecodiesel noch Agropalma,

das gleichfalls das selbe Siegel bekommen hat. Das System sei nichts als eine moderne Form der Sklaverei, sagt die Brasilianische Soziologin Marcia Gomes de Oliveira aus Rio de Janeiro. Denn die vorher selbständig produzierenden familiären Betriebe begeben sich mit der Umstellung auf Rizinus oder andere Ölpflanzen in eine gefährliche Abhängigkeit von einem einzigen Abnehmer, dessen Produkt wiederum langfristig gesehen vom Weltmarktpreis abhängig ist. Faktisch treibt dies nicht nur die normalerweise Nahrungsmittel für die lokalen Märkte anbauenden Kleinbauern in eine



Wo heute Zuckerrohr, Soja oder Ölpalmen wachsen, lebten vorher Menschen – vielen von ihnen bleiben nur die Favelas, die weiter wachsen.

gefährliche Abhängigkeit vom Weltmarkt. Auch die von den familiären, bäuerlichen Betrieben ursprünglich versorgte Bevölkerung gerät damit in die Abhängigkeit vom Weltmarkt oder besser gesagt in die Abhängigkeit von den Nahrungsmittelkonzernen, weil sie nun nicht mehr ihre Bohnen, Mais, Kartoffeln, Chili, ihr Gemüse auf dem Markt oder beim Bauern um die Ecke kaufen können, sondern nur noch in den Supermarktketten: Mundial, Pão de Açúcar, Lidl, Carrefour oder Wal Mart. Brasilien im Alkohol- und Biodieselauswurf: Das Land wird einen gewaltigen Kater haben, wenn es eines Morgens aus dem Rausch erwacht.

Norbert Suchanek, Rio de Janeiro

Kurzes am Rande

Bioethanol aus Russland

Der weltweit größte Erdölproduzent Russland steigt jetzt auch in die Bioethanolproduktion ein. Die 166 Mio. Euro teure Anlage, welche mit einer Jahresleistung von 150.000 Tonnen eine der größten dieser Art in Europa und Asien sein wird, soll 2008 die Produktion aufnehmen. Das produzierte Bioethanol, etwa ein Fünftel der derzeitigen Jahresproduktion in Deutschland, ist für den Export in die EU und nach Asien bestimmt. Die inländischen Unternehmen hätten nicht davon ausgehen können, dass der deutsche Markt von ausländischen Produzenten ausgelassen werde, erklärte dazu der Börsenanalyst Equinet Analyst. Des weiteren erwägt der weltweit größte Gasproduzent die Übernahme des deutschen Weltmarktführers für Bioethanolanlagen Lurgi. Das hatte die Lurgi Muttergesellschaft Gea Mitte November bestätigt. Jörn Manke

USA verlängern Außenschutz für Ethanol

Die USA verlängern ihren Importzoll für Ethanol in Höhe von 0,54 US-\$/gallo (0,13 \$/l) um weitere zwei Jahre, wie der *Ernährungsdienst (ED)* berichtet. Damit werden die US-Anlagenbetreiber vor allem vor Importen aus Brasilien geschützt. Eigentlich sollte der Zoll im Oktober 2007 auslaufen. Laut ED werden im Jahr 2006 schätzungsweise 19 Mrd. l Ethanol aus Mais hergestellt. Für 2007 sollen Investoren den Start zahlreicher neuer Ethanolanlagen angekündigt haben. Das US-Energiegesetz sieht vor, dass bis 2012 rund 28 Mrd. Liter Mineralöl-Treibstoffe durch sogenannte Biotreibstoffe ersetzt werden sollen. Die US-Behörde für Energieinformation (EIA) geht sogar von über 40 Mrd. l im Jahr 2012 und von 55 Mrd. l im Jahr 2030 aus. Das würde dann trotzdem nur 8 % des Kraftstoffverbrauchs der USA decken. pm

Weltgrößter Palmöl-Konzern entsteht

In Malaysia entsteht derzeit unter Führung der Regierung der größte börsennotierte Palmölkonzern der Welt. Laut *FAZ* soll er auf einen Jahresumsatz von 8,6 Mrd. Dollar kommen. In Malaysia wird für dieses Jahr erwarteten 15,8 Mio. t weltweit die größte Menge an Palmöl erzeugt, gefolgt von Indonesien mit 15 Mio. t. Indonesien und Malaysia erzeugen zusammen 86 % des weltweiten Palmölangebots. Der Preis für Palmöl ist 2006 um 23 % gestiegen, so die *FAZ*, der Index für Plantagen-Aktien ist in Malaysia um 48 % gestiegen. Der Boom wird vor allem auf die steigende Nachfrage zur Biodieselproduktion zurückgeführt. Der neue Konzern bündelt drei Ölpalmen-Plantagen-Betreiber mit einer Gesamtfläche von fast 620.000 ha, zusammen erzeugen sie derzeit 2,1 Mio. t Palmöl im Jahr. Sowohl in Malaysia als auch in Indonesien werden die Plantagen stark ausgedehnt, und zwar durch vor allem Abholzen und Brandrodung des Tropenwaldes. uj

EU importiert mehr Pflanzenöle

Vor allem durch den Ausbau der Biodieselherstellung wächst in Europa die Nachfrage nach Pflanzenölen. Für das Wirtschaftsjahr 2006/07 rechnet die ZMP mit einem Verbrauch von 20 Mio. t der acht wichtigsten Öle. Das wären 1,75 Mio. t mehr als im Vorjahr und knapp doppelt so viel wie 2000/01. Die EU-eigene Erzeugung beziffert die ZMP auf rund 11 Mio. t Pflanzenöle (2006/07), das entspräche einem Plus von 0,5 Mio. t gegenüber dem Vorjahr. 2000/01 waren es knapp 9 Mio. t. Viel stärker gestiegen sind die Importe. 2000/01 hatten sie einen Anteil von 25 %, 2006/07 werden es mit voraussichtlich knapp 10 Mio. t dann 50 % der Gesamtnachfrage, so die ZMP. uj

RWE: Kein Palmöl-Kraftwerk in England

Wie die Organisation „Rettet den Regenwald“ mitteilt, hat sich die britische Tochter des deutschen Energiekonzerns RWE, Npower, nun doch dagegen entschieden, in Großbritannien Strom aus Palmöl zu produzieren. Als Begründung gab Npower an, dass eine nachhaltige Palmöl-Produktion nicht garantiert werden könne. Zuvor waren bei der RWE-Tochter reichlich Protestbriefe eingegangen. Allein von der Webseite www.regenwald.org hätten sich seit Mitte Oktober über 6.200 Menschen an der Aktion beteiligt, so die Organisation. Nun richtet sich der Protest u.a. gegen die Stadtwerke Schwäbisch Hall, die an ihren Plänen festhalten, ein Palmöl-Kraftwerk in Betrieb zu nehmen. uj

Landwirtschaft als Bewirtschaftung öffentlicher Güter

Die Reformen der Europäischen Agrarpolitik seit 1992 haben eine „neue Ordnung der Landwirtschaft“ geschaffen. Gänzlich entgegen der „allgegenwärtigen Werbung für eine neoliberale Politik“ wird das Einkommen der Landwirte mehr denn je zu einem erheblichen Teil vom Staat bestimmt. Die agrarpolitischen und wissenschaftlichen Debatten ignorieren das bisher. Ein Beitrag von Prof. Dr. Onno Poppinga

EU will vereinfachen

Kurz vor Weihnachten hat die EU-Kommission einen Vorschlag vorgelegt, wie sie die 21 bisher einzeln geregelten EU-Marktorfnungen für die verschiedenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse durch eine „gemeinsame Marktorganisation“ (GMO) ersetzen will. Damit soll „das Agrarrecht verschlankt und transparenter und die Politik leichter zugänglich“ gemacht werden, so die Kommission. Das solle aber nicht als Versuch für eine Reform durch die Hintertür verstanden werden. Die vorgeschlagene einzige GMO ermöglihe die Aufhebung von mehr als 40 Rechtsakten des Rates und ersetze über 600 in den derzeitigen Rechtsvorschriften enthaltene Artikel durch weniger als 200. Der Vorschlag wird nun dem Rat und dem Europäischen Parlament unterbreitet. Die Kommission hofft, dass er 2008 in Kraft treten wird.

Beihilfen

Nicht nur die EU zahlt Beihilfen an die Wirtschaft, auch die einzelnen EU-Mitgliedstaaten. Nach einem neuen Bericht der EU-Kommission profitierten Industrie und Dienstleistungen mit einem Anteil von 64 Prozent daran am meisten, gefolgt von Agrarwirtschaft und Fischerei mit 26 Prozent. Für letzteren Bereich stellten die Staaten zusammen 16,6 Mrd. Euro zur Verfügung. Deutschland zahlte mit 5,1 Mrd. Euro (30 %) davon am meisten, Frankreich zahlte 2,8 Mrd. Euro.

Die Agrarökonom im Wissenschaftlichen Beirat, der Vorstand der DLG und viele Andere, die die Landwirtschaft in kapitalistischen Strukturen organisieren möchten, sind sich einig: Staatliche Zahlungen an Landwirte sind allenfalls als vorübergehende und kurzfristige Ausnahmen zu akzeptieren. Die Realpolitik der EU und der Bundesregierung kommt dagegen ganz anders daher. Sie haben beschlossen, dass die Zahlungen – in welcher Höhe auch immer – über das Jahr 2013 hinausgehen und zumindest in Deutschland dann ganz auf einheitliche Flächenprämien abgestellt

Direktzahlungen sind ein Einkommensausgleich. Sie mit höheren Umweltstandards begründen zu wollen, führt am Kern vorbei

werden sollen. Es wird von ihnen aktuell mit beträchtlichem Aufwand ein Kontroll- und Drangsalierungssystem aufgebaut (cross-compliance), das die Fortführung und hohe Bedeutung staatlicher Zahlungen an Einzelbetriebe zur Voraussetzung hat. In folgendem Beitrag wird der Versuch unternommen:

- einen Blick auf die Veränderungen in der Landwirtschaft seit der Mac Sherry-Reform 1992 zu werfen und
- auf vorhersehbare Probleme aufmerksam zu machen.

Neue Ordnung

Ähnlich wie bei anderen politischen Vorgängen ist auch bei den Agrarreformen der EU seit 1992 „hinter dem Rücken“ der in den politischen Arenen sich engagierenden Mitglieder der politischen Klasse etwas durchaus anderes als das als Ziel Benannte und Verfolgte eingetreten:

Die Reformer traten an mit dem Ansatz, der europäischen Lebensmittelindustrie den Zugang zu den Weltmärkten zu erleichtern, staatliche Markteingriffe zu reduzieren („Deregulierung“), die „Marktkräfte“ zu stärken, den Strukturwandel zu beschleunigen und unternehmerische Spielräume für verbleibende Landwirte zu erhöhen. Stärker als je zuvor sollte die Landwirtschaft in ein (kapitalistisches) Gewerbe umgebaut werden, sie sollte aus-

schließlich an privaten Gewinninteressen ausgerichtet werden.

Herausgekommen ist etwas durchaus anderes. Eine Landwirtschaft, deren Einkommen zwei Quellen hat:

- ein Einkommen über Markterträge,
 - ein Einkommen über staatliche Zahlungen (je nach Betriebsform 30 % bis 100 % der Gewinne),
- und eine Landwirtschaft, die in bisher unbekanntem Umfang vom Staat kontrolliert wird. Dementsprechend groß ist die Abhängigkeit von politischen Entscheidungen.

Damit ist die Landwirtschaft in ihrem ökonomischen Kern jetzt genauso bestimmt wie all diejenigen gesellschaftlichen Bereiche, in denen von einer Bewirtschaftung öffentlicher Güter gesprochen wird (Wasserwirtschaft, Kultur, Bildung, öffentlicher Verkehr u.v.m.). Es ist eine neue Ordnung der Landwirtschaft entstanden.

Neue Ordnung

So überraschend es angesichts der allgegenwärtigen Werbung für eine neoliberale Politik auch sein mag: Die Ergebnisse der Agrarreformen seit 1992 müssen wohl so gedeutet werden, dass die Verlagerung der landwirtschaftlichen Tätigkeit aus dem Sektor „Gewerbe“ in den Sektor „öffentliche Güter“ Konsequenz einer gesellschaftlichen Entscheidung gegen eine ausschließliche Marktsteuerung ist. Angesichts der starken neoliberalen Positionen in der politischen Diskussion ist das sicherlich eine Überraschung, aber wie schon gesagt: „Hinter dem Rücken der Beteiligten“.

Als der damalige Agrarkommissar Fischler sich zum Zugpferd der Reformen machte (Agenda 2000, Mid Term Review 2003) versprach er, diesen staatlichen Zahlungen an die Landwirtschaft eine neue Grundlage zu geben, die von der Gesellschaft auch akzeptiert werden würde. Das wäre sehr wichtig gewesen, ist aber mitnichten geschehen und muss dringend nachgearbeitet werden. Die neue Ordnung des Verhältnisses zwischen Landwirtschaft, Markt und Staat braucht angemessene Begriffe und Erklärungen.

Was ist das Neue?

Die Reformgeschichte seit 1992 (Flächenprämien, Tierprämien, Flächenstilllegungsprämien; flankierende Maßnahmen) bedeutet im Kern, dass die landwirtschaftliche Arbeit, also:

- die Produktion von Lebensmitteln und Rohstoffen,
 - die Reproduktion der Produktionsgrundlagen der Landwirtschaft (Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit u.a.)
 - die Erhaltung, Weiterentwicklung und Pflege der Kulturlandschaft und
 - die Erzeugung positiver Umweltwirkungen (Boden, Wasser, Luft),
- durch marktwirtschaftliche Erlöse und durch staatliche Zahlungen abgegolten werden.



Prof. Dr. Onno Poppinga (hier im Bild im Gespräch am Rande des 30-jährigen Bauernstimmen-Jubiläums) lehrt Landnutzung und regionale Agrarpolitik am Fachbereich Ökologische Agrarwissenschaften der Universität Kassel am Standort Witzenhausen. Er war Mitbegründer der Abl.

Foto: Dott

Zahlungen wofür?

Wovon ist nun aber die bisherige Höhe der Bezahlungen bestimmt, was wird vergütet? Naheliegend ist dafür zu rekonstruieren, wie die absolute Höhe und die Unterschiede in den staatlichen Zahlungen zwischen verschiedenen landwirtschaftlichen Tätigkeiten (Anbau von Getreide, Haltung von Mastrindern usw.) entstanden sind. Antwort: Bei der Reform 1992 ging es ausschließlich um den Ersatz für bisher über den Markt vergütete landwirtschaftliche Arbeit durch Zahlungen der öffentlichen Hand. Es handelt sich um einen Einkommensausgleich. Mit der Reform von 2003 kam es zu zum Teil erheblichen Umschichtungen, am Niveau der Gesamtzahlungen aber änderte sich nichts Grundlegendes. Auch hat die neue Ordnung die bisherige Ausrichtung der Agrarpolitik an Kostensenkung, Betriebsaufgaben und Abwanderung (Strukturwandel) nicht verändert.

Einkommensausgleich

Anstatt nun das zentrale Merkmal – Ersatz der bisher über den Markt erzielten landwirtschaftlichen Einkommen durch den Staat – auch zur Erklärung für die Zahlungen und ihre Höhe anzugeben, werden diese – in der politischen Diskussion – mit randständigen Argumenten zu begründen versucht (z. B.: Die Transferzahlungen seien Ausgleich für hohe Umweltstandards der europäischen Landwirtschaft im internationalen Vergleich, oder: Sie seien dadurch begründet, dass im Rahmen von Cross Compliance die Einhaltung gesetzlicher Regeln und Verordnungen überprüft werde).

Die Nichtbenennung des für die aktuelle Situation und für die Zukunft grundsätzlichen Zusammenhangs ist ein großes Problem und verhindert eine angemessene Diskussion. Sie macht es andererseits z. B. den im Wissenschaftlichen Beirat beim Bundeslandwirtschaftsministerium versammelten Agrarökonominnen leicht, ein möglichst baldiges Ende der staatlichen Zahlungen zu fordern. Dadurch wird zwar die „Nach 92er Ordnung“ der Landwirtschaft nicht tatsächlich in Frage gestellt werden, wohl aber werden dadurch Kürzungen der Zahlungen provoziert.

Ordnung auf Dauer?

Eine entscheidende Frage ist daher die nach der Dauer der neuen landwirtschaftlichen Ordnung. Mehrere Argumente sprechen dafür, dass es sich nicht um einen kurzfristigen Vorgang handelt:

- Die politischen Aussagen der EU sind eindeutig für Verlängerung.
- Wie schon erwähnt, ist 2005 mit dem Ausbau eines weiteren staatlichen Kontrollsystems begonnen worden, das die Fortdauer bedeutender staatlicher Zahlungen zur Voraussetzung hat.
- Auch das jetzige System erfüllt zentrale Anliegen, die seit Jahrzehnten für die Ausrichtung der Landwirtschaft tonangebend sind: Es sichert der Lebensmittelindustrie ihre kalkulierbare Rohstoffbasis; die Lebensmittelpreise bleiben niedrig; der Strukturwandel setzt sich fort. Im Gegensatz zur früheren Ordnung sind die Landwirte jetzt aber sehr viel unmittelbarer abhängig und kontrollierbar. An eigenständiger politischer Kraft, die aus der früheren Selbstständigkeit erwuchs, hat die Landwirtschaft massiv verloren, Störungen im „agrarpolitischen Geschäft“ sind weniger zu erwarten.

Ein möglicherweise rasches Ende der neuen Ordnung der Landwirtschaft ist wohl nur zu erwarten, wenn sich die aktuell überaus positiven Einschätzungen der zukünftigen weltweiten Agrarmarktentwicklungen tatsächlich dauerhaft bestätigen sollten, wenn also die Agrarmärkte dauerhaft durch Knappheit bestimmt sein sollten. Eine derartige Situation ist seit langem vorhergesagt worden und war ein wesent-

liches Argument für die Begründung der EU-Agrarreform 1992. Sie ist in all den Jahren nicht im Entferntesten eingetreten; Ein „Strohfeuer“ ist sehr viel wahrscheinlicher.

Wie noch steuern?

Völlig offen ist beim Entstehungsprozess der neuen landwirtschaftlichen Ordnung geblieben, wie zukünftig das System wirtschaftspolitisch austariert werden soll. Der weitgehende Abbau staatlicher Interventionsmöglichkeiten lässt erwarten, dass Preisschwankungen an den Weltagrarmärkten in starkem Umfang auf das Preisniveau innerhalb der EU „durchschlagen“ werden. Das alte Agrarsystem der EU hatte durch die umfangreiche Lagerhaltung (als Folge der sogenannten „Überschussproduktion“) „nebenbei“ ein hohes Moment an Ernährungssicherheit. Die neue landwirtschaftliche Ordnung hat bereits jetzt dazu geführt, dass es – außer bei Getreide – keinerlei Vorräte mehr gibt.

Auf die erforderlichen Regulierungsmaßnahmen ist die neue landwirtschaftliche Ordnung überhaupt nicht vorbereitet.

Wie die Landwirte ihre Interessen in die „neue Ordnung“ einbringen können, ist bisher nirgendwo ein Anliegen gewesen. Hier ist aber eine Diskussion dringend erforderlich, alleine schon um ein Forum zu schaffen für eine Diskussion der absehbaren Probleme und der neuen wirtschaftlichen und sozialen Unsicherheiten. Gänzlich offen ist auch die Frage, wie denn die Einkommenssituation der Landwirte angemessen berücksichtigt werden soll. Wie sollen die staatlichen Direktzahlungen zukünftig angesichts von möglicherweise sehr stark schwankenden Markteinnahmen in ihrer Höhe bestimmt werden?

Ein „sozialer Vertrag“

In einem Brief des Vizepräsidenten der Europäischen Union – Herrn Kallas – an den Bundeslandwirtschaftsminister Herrn Seehofer (im Zusammenhang mit der sogenannten „Transparenzinitiative“) ist die Rede von einem neuen sozialen Vertrag zwischen Bevölkerung und Landwirtschaft. Vielleicht ist das eine passende Formulierung für die anstehende Diskussion. Ein „sozialer Vertrag“ hätte insbesondere auch die Einkommensinteressen der Landwirtschaft zu berücksichtigen. Das wird angesichts der Vielfalt der Interessen an der Landwirtschaft und innerhalb der Landwirtschaft schwierig genug werden, ist aber unumgänglich.

Onno Poppinga

Der abgedruckte Beitrag ist eine gekürzte Fassung. Der vollständige Text ist beim Autor zu erhalten: Prof. Dr. O. Poppinga, Universität Kassel-Witzenhausen, Tel.: 05542 981586, Fax: 05542 981661, E-Mail: bschreib@uni-kassel.de

„Ahnenforschung“

Das Verfassen unserer Hofgeschichte hatte ich eigentlich immer für meine Zeit als Altenteiler geplant. Aber man sollte nicht so lange warten: Aus den ermittelten Fakten kann man sich Vieles am Hof und in der Familie ganz neu erklären. Nur wenn man mit der Forschung anfängt und rumfragt, kommen überraschend viele Leute mit zusätzlichen Informationen auf einen zu.

Über die Geschichte unseres Hofes wussten mein Opa und mein Vater nicht allzu viel. Mein Opa war als früh verwaistes Kind bei Verwandten in einem anderen Dorf aufgewachsen, der Hof zwischenzeitlich verpachtet. Viele Dokumente gab es also nicht mehr – selbst der „Ahnenpass“ war im April 1945 kurz vor dem Einmarsch der Engländer vernichtet worden.

Umso stärker waren die Mythen über die Hofgeschichte, die sich in den Köpfen, auch in meinem, bildeten: Von den Vorfahren, die seit vielen Jahrhunderten immer an dieser Stelle gelebt hatten, ihren Schweiß auf immer demselben Acker vergossen hatten, von der Verpflichtung, dieser Vorfahren-Verpflichtung gerecht zu werden und ihr zu folgen. Kann auch sein, dass diese Bilder von unserem Volksschullehrer stammten, der die nationalsozialistische Blut- und Boden-Ideologie tief verinnerlicht hatte.

Die reale Hofgeschichte zeigt stattdessen ein befreiend-wechselvolles und lebendiges Kommen und Gehen mit vielfältigen Veränderungen. Das erfuhr ich aus den Akten, die, dörfweise geordnet, im Landesarchiv lagern. Als ich Kopien davon im Dorf verteilte, da kam plötzlich auch die alte Schul- und Dorfchronik wieder



... aus Niedersachsen

aus „Privatbesitz“ in die Dorf-Öffentlichkeit (nur die Jahre 1933 bis 1945 sind bis heute verschwunden). Ich fand Kontakt zu einem Arbeitskreis von Ahnenforschern in unserer Kreisstadt. In Kreisbücherei und -archiv gab es Bücher über unser Dorf, in den Kirchenbüchern konnte ich unsere Familie bis zum Dreißigjährigen Krieg zurückverfolgen.

Die vorherigen Hofbewirtschafter starben damals durch Krieg und Pest aus, da setzte die Lehensherrschaft unseren Vorfahren Lülff aus einem 20 Kilometer entfernten Dorf auf diesen Hof. Der war wie viele seiner Nachkommen recht aufsässig und unbotmäßig (zu meinem ganzen Stolz)! Über ihr Leben gibt es sonst leider nur die Daten über frühe und späte Heiraten, Wiederverheiratungen und Sterbefälle und sogar eine Scheidung. Einer unserer Vorfahren musste mit Napoleon in den Feldzug gegen Russland, wo er auch gefallen ist.

Unsere Dorf-Feldmark wurde bis 1850 in großen „Gewannen“ in gemeinsam festgelegter Fruchtfolge bewirtschaftet, worin jeder Hof lange Streifen hatte. Erst nach der Bauernbefreiung bekam jeder Hof große Schläge endgültig zugeordnet – wir leider die schlechteren Flächen, weil der damalige Hofeigentümer noch jung und unerfahren war. Danach setzte ein reger Eigentumswechsel ein, durch Hofaufgabe bzw. Kauf und durch Heiraten. Auch unsere Hofstelle ist getauscht und neu zugeschnitten worden.

Selbst aus den USA kam eine Nachricht: Unser 1880 ausgewanderter Ur-Ur-Onkel und Milchfarmer William war 1922 noch einmal in die Heimat gereist und hier überraschend gestorben. Seine per Telegramm benachrichtigte Familie stoppte – ebenfalls per Telegramm – die Beerdigungsvorbereitungen, schaltete die hiesige Polizei ein und reiste über den Ozean, um sich selbst vor Ort ein Bild davon zu machen, ob der Onkel hier eventuell eines nichtnatürlichen Todes gestorben sei. Über die Gründe dafür ist in unserer Familie immer viel gerätselt worden. Jetzt fand ich per Internet-Suchanzeige unsere Verwandten in den USA wieder und erfuhr die befreiende Nachricht: Die Angehörigen hatten hier nicht etwa ein Mordkomplott vermutet, sondern wollten wissen, ob der als „womanizer“ bekannte Onkel hier vielleicht eine Liebschaft anfang und einem Duell mit einem gehörnten Ehemann zum Opfer fiel. Zur Ehrenrettung von Onkel William: Das war nicht der Fall ...



Öffentlichkeit gegen die Einflüsterer

Kritischer Agrarbericht 2007 sieht neue Regierung auf alten Wegen

Mag es der neuen Regierung noch an agrarpolitischer Programmatik fehlen, an der nötigen Pragmatik bei der Umsetzung der alten Rezepte, der Landwirtschaft ihre Bäuerlichkeit auszutreiben, mangelt es ihr gewiss nicht.“ So steht es im Editorial des Kritischen Agrarberichts 2007, der zu Beginn der Grünen Woche 2007 der Öffentlichkeit vorgestellt wird. Etwa 60 Autoren und Autorinnen aus den Mitgliedsverbänden des AgrarBündnis und darüber hinaus werfen aus agrar-, aber auch umwelt- oder verbraucherpolitischer Perspektive einen kritischen Blick auf das erste Jahr der großen Koalition, finden Zeichen zunehmender Industrialisierung in der Landwirtschaft und zeigen mit Blick etwa nach Österreich (Gentechnik) oder Kanada (Milchquote) wie es auch anders geht. Dabei spielt die Forderung nach Transparenz eine zunehmende Rolle. Am deutlichsten bei der Transparenz-Initiative, einem Bündnis aus über 30 Organisationen, welches die Nennung der Profiteure des derzeitigen Systems der EU-Direktzahlungen und die damit verbundenen Benachteiligungen und Ungerechtigkeiten zum Ziel und mit der Offenlegung der Direktzahlungen ab 2008/2009 einen ersten Erfolg erzielt hat. Dem soll und muss nach Ansicht der Initiative jetzt die Qualifizierung dieser Zahlungen, die Anbindung an die Schaffung von Arbeitsplätzen und der Schutz von Natur und Umwelt folgen.

Schwerpunktthema: Gentechnik

Um Transparenz geht es unter anderem auch beim diesjährigen Schwerpunkt des Kritischen Agrarberichts – der Gentechnik. Einerseits ganz direkt, wenn es um die Forderung nach Veröffentlichung der Standorte der Anbau-, respektive Versuchsflächen von gentechnisch veränderten Pflanzen geht. Andererseits aber auch und gerade wenn es um die öffentliche Diskussion um das Für und Wider der Gentechnik generell und um die Nennung der beteiligten Interessensgruppen geht. Verdeutlichen lässt sich das am Beispiel der aktuellen Debatte um das Gentechnikgesetz, wo die Zeichen der Politik auf eine Liberalisierung des Rechts hindeuten.

Anwälte als Türöffner

Beteiligt an dieser Entwicklung sind auch „Einflüsterer“ (O-Ton *Süddeutsche Zeitung*), große Anwaltskanzleien, die sich möglichst frühzeitig – gemeinsam mit PR-Agenturen und zunehmend von Politikern eingebun-

den – in die Erarbeitung von Gesetzen einmischen und zu diesem Zweck einen eigenen Bereich „Public Affairs“ gründen beziehungsweise gegründet haben. Ihr Ziel ist die Beeinflussung von Gesetzgebungsprozessen

im Sinne ihrer Auftraggeber, im Fall der Gentechnik beispielsweise der großen Saatgutkonzerne. Vorreiter ist hier die international agierende Kanzlei Freshfields, die sich eindeutig zur sogenannten grünen Gentechnik bekennt und bereits auf zahlreiche „Erfolge“ verweisen kann: Unter anderem vertritt sie die Landesregierung von Sachsen-Anhalt im Normenkontrollverfahren um die Novellierung des Gentechnikgesetzes und hat im Auftrag von Saatgutkonzernen und Biotechnologie-Unternehmen beispielsweise bei Fragen der Koexistenz, der Erteilung von Vertriebsgenehmigungen für GVO-Saatgut oder bei Sortenprüfverfahren für gentechnisch veränderten Mais Türen für die Gentechindustrie geöffnet. Und während der klassische Lobbyismus hinter verschlossenen Türen stattfindet, sucht diese sogenannte Public-Affairs-Beratung geradezu die öffentliche Bühne. Zum Handwerkszeug gehören rechtlich-politische Experten-Statements, das Lancieren von Zeitungartikeln und Radio- oder Fernsehbeiträgen sowie Hintergrundgespräche mit wichtigen Journalisten. Denn, so eine Studie einer ebenfalls in diesem Kontext agierenden Kanzlei, auch Politiker lesen Zeitung und sind froh über „praxisnahe, verständliche Informationsgrundlagen“ in einer zunehmend (juristisch) komplexeren Thematik.

Gentechnik ist totalitär

Zum Handwerkszeug gehört auch das Lancieren von Begriffen wie beispielsweise „Koexistenz“. Das „ist ... ein Begriff, der von den gesetzgebenden Institutionen und von den Lobbyisten der großen Saatgutkonzerne geprägt ist. Sie wollen damit den Eindruck erwecken, als sei ein friedliches Nebeneinander von gentechnisch veränderten Pflanzen mit konventionellen und biologischen Kulturen möglich“, heißt es im Kritischen Agrarbericht. Und an anderer Stelle. „Keine ‚gute fachliche Praxis‘, sondern das Entweder/Oder der Anwendung von Gentechnik auf den Feldern entscheidet über ein Mehr oder Weniger an kontaminierten Lebensmitteln auf unseren Tellern. Gentechnik ist eine Technik mit totalitären Zügen: Sie erlaubt auf Dauer keine gentechnikfreien Bereiche neben sich.“

Ländliche Entwicklung verspielt?

Einer kritischen Analyse unterzieht der Agrarbericht auch die



ländliche Entwicklung, die Entwicklung in der Tierhaltung, die Diskussion um die Milchquote sowie den boomenden Markt der nachwachsenden Rohstoffe – um nur einige Themen zu nennen (siehe Inhaltsverzeichnis rechts). Für die Entwicklung der ländlichen Räume wurde in Deutschland und Europa das Jahr 2006 zu einem Prüfstein, der zeigte, wie (wenig) ernst es den politischen Mehrheiten mit den neuen Perspektiven für die ländliche Entwicklung ist. „Die ländliche Entwicklung wurde zu einem Spielball der Politik“, heißt es dazu:

In der Tierhaltung ist eine weitere Industrialisierung zu verzeichnen, indem beispielsweise immer mehr sogenannte „Megaställe“ genehmigt werden und das Verbot der Käfighaltung für Legehennen dem Druck der Länder zum Opfer fiel – zulasten der bäuerlichen Betriebe sowie von Tier- und Umweltschutz.

Milch-, Quoten-, Bauernsterben?

In der Milchpolitik versucht die Bundesregierung im Schulterschluss mit dem Bauernverband durch den propagierten Wegfall der Milchquote die europäische Milchpolitik auf einen liberalisierten Weltmarkt auszurichten. Das stellt die Milcherzeugung in weiten Teilen Deutschlands gänzlich in Frage. „Denn zu Weltmarktpreisen kann hier kein Bauer melken“, stellt der Agrarbericht fest. Statt dem Verzicht auf die Quote wird eine Umgestaltung des Quotensystems und die Sicherung eines

ausreichenden Erzeugerpreisniveaus vorgeschlagen. Am Beispiel Kanadas zeigt der Kritische Agrarbericht wie das erfolgreich gelingen kann.

Im boomenden Markt der nachwachsenden Rohstoffe schildert der Agrarbericht die noch ungenutzten Potentiale in diesen Märkten und benennt die bisherigen Gewinner und Verlierer. Er plädiert für eine Entwicklung regionaler, dezentraler Strukturen und Wertschöpfungsketten, die von den Bauern und Bäuerinnen maßgeblich mitgestaltet werden. Und er benennt die ökologischen und sozialen Eckpunkte und Grundsätze einer solchen Entwicklung.

Fazit

„Neue Regierung auf alten Wegen“, lautet insgesamt das Resümee des Kritischen Agrarberichts über das erste Jahre mit Landwirtschaftsminister Horst Seehofer: Von der agrarpolitischen Neuorientierung, die unter der Vorgängerregierung zumindest ansatzweise eingeleitet wurde (Stichwort „Agrarwende“), ist nicht einmal das Wort übrig geblieben.

Dass sich der Einsatz für eine andere Agrarpolitik dennoch lohnt, auch das zeigt der Kritische Agrarbericht – nicht nur am Beispiel des noch weitgehend von Gentechnik freien Europas oder der Upländer Bauernmolkerei und des Milchprojektes „A faire Preis“ in Österreich.

febL

Inhalt 2007 in Auszügen

KAPITEL 1: AGRARPOLITIK UND SOZIALE LAGE

Rückblick 2006: Die (un)heimliche Industrialisierung und der Ruf nach Transparenz
Friedhelm Stodieck

Koexistenz regeln – Gentechnik zurückweisen

Die bäuerliche Landwirtschaft braucht gesetzlichen Schutz – Die EU muss handeln
Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf

Österreich ist und bleibt gentechnikkritisch

Die Koexistenz-Debatte in Österreich als Beispiel für eine stringente Vorsorgepolitik in Sachen Gentechnik
Josef Hoppichler

Nachwachsende Rohstoffe in bäuerliche Hand!

Die Entwicklung der erneuerbaren Energien und Rohstoffe muss sozial und ökologisch gestaltet werden
Bernd Voss

Absatzfonds überholt – CMA kontraproduktiv

Ein Gerichtsbeschluss löst neue Debatte über Sinn und Nutzen von Absatzfonds und CMA aus
Ulrich Jasper

Für einen fairen statt freien Markt

Milchbauern fordern kostendeckende Milchpreise durch effiziente Mengenregulierung
Sonja Korpeter

Mehr Transparenz bei EU-Agrarzählungen

Bündnis von Verbänden erreicht Offenlegung ab 2008/2009
Ulrich Jasper

Gammelfleisch – Skandal ohne Ende?

Manfred Kriener, Fritz Gempel, Isabelle Mühleisen und Bernhard Burdick

Wo Schweine liegen, fliegen Schweine zu

Die Intensivierung der Schweinemast in Deutschland nimmt zu – weitere Megaställe geplant
Reinhild Benning und Christiana Schuler

KAPITEL 2: WELTHANDEL UND ERNÄHRUNG

Rückblick 2006: WTO, Hunger und Energiehunger
Gerhard Hirn

Eine neue EU-Agrarpolitik für Nord und Süd

Transparenz als Meilenstein beim Umsteuern in der Agrarsubventionspolitik
Tobias Reichert und Berit Thomsen

Immer mehr – statt weniger

Zehn Jahre nach dem Welternährungsgipfel in Rom: Die Zahl der Hungernden steigt
Bernhard Walter

KAPITEL 3: ÖKOLOGISCHER LANDBAU

Rückblick 2006: Boom auf dem Biomarkt, Stagnation bei den Bauern, Rückschritte in Politik und Wissenschaft
Immo Lünzer und Uli Zenger

Verordnung im Visier

Europäische Kommission legt Vorschlag zur Überarbeitung der EU-Öko-Verordnung vor
Marco Schlüter und Thomas Dosch

Faire Partnerschaften – auch in Deutschland?

Neue Wege der Kooperation zwischen Öko-Bauern und -Verarbeitern
Carsten Veller und Steffen Reese

Der Biofleischmarkt bewegt sich

Ansichten und Meinungen einiger Beteiligten
Andrea Fink-Keßler

KAPITEL 4: PRODUKTION UND MARKT

Rückblick 2006: Witterung, Bodennutzung und Preise
Onno Poppinga

Eine Phase des Übergangs?

Entkoppelung der Direktzahlungen und ihre Auswirkungen auf die Betriebe
Alois Heißenhuber

Cross Compliance schafft weitere Abhängigkeiten

Vom Umgang mit dem Berufsstand Landwirt
Christian Henschke

Im Dienste der Industrie?

Die Rolle des Landhandels bei der Einführung der Gentechnik
Annemarie Völling und Josef Feilmeier

KAPITEL 5: REGIONALENTWICKLUNG

Rückblick 2006: Spielball ländliche Entwicklung
Ulf Hahne

Gentechnikfreie Regionen in Deutschland

Die Krise des Nationalstaats und die Entpolitisierung ländlicher Räume
Olaf Kühne

KAPITEL 6: NATUR UND UMWELT

Rückblick 2006: Schluss mit sauberer Bundesregierung verabschiedet sich vom Vorreiterimage
Reinhild Benning

Forschung außer Kontrolle?

Aktuelle Forschungsvorhaben zur Agro-Gentechnik – ein kritischer Überblick
Steffi Ober und Martha Mertens

Verschmutzen oder schützen?

Die neue EG-Grundwasserrichtlinie: *Doris Eberhardt, Ina Walenda und Christian Schweer*

KAPITEL 7: TIERSCHUTZ UND TIERHALTUNG

Rückblick 2006: Viele Schritte zurück – wenige nach vorn

Heidrun Betz, Elke Deininger, Corinna Hohlwein, Henriette Mackensen und Claudia Salzborn

Das Ende vom Ausstieg?

Zur Käfighaltung von Legehennen
Wolfgang Apel

Panik statt Vorsorge

Der Umgang mit dem Risiko „Vogelgrippe“ und die Auswirkungen auf die Tiere
Claudia Salzborn

Tieropfer für die Gentechnik

Entwicklung und Zulassung von Genpflanzen erfordern Tierversuche
Roman Kolar und Brigitte Rusche

KAPITEL 8: GENTECHNIK

Rückblick 2006: Kein gutes Jahr für die Gen-Industrie
Mute Schimpf und Martin Hofstetter

Teure Ernte

Landmaschinen als bislang unbeachtete Ursache für gentechnische Verunreinigungen
Mute Schimpf

„Koexistenz“ dank Terminator-Pflanzen?

Ein Fall für die umstrittene Technologie tut sich auf
Sandra Blessin

Sauberes Saatgut

Das Reinheitsgebot für Saatgut als Voraussetzung für eine gentechnikfreie Landwirtschaft
Siegrid Herbst

KAPITEL 9: AGRARKULTUR

Lebensform Landwirtschaft – Wie ein Phönix aus der Asche?
Elisabeth Loibl

KAPITEL 10: VERBRAUCHER UND ERNÄHRUNGSKULTUR

Rückblick 2006: Verbraucherschutz
Ernst Michael Epstein

Milch ohne Gentechnik

Erfahrungen aus Sicht von Molkerei und Handel
Karin Artzt-Steinbrink und Guido Frölich

Besser als nichts und doch zu wenig

Eine kritische Analyse des neuen Verbraucherinformationsgesetzes
Katja Mrowka

Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch **Der kritische Agrarbericht**

bitte ankreuzen

Ausgabe 2007 2006 2005 2004 2003 2002 2001
19,80 € 19,80 € 19,80 € 19,80 € 21,00 € 19,80 € 20,00 €

.... Expl. **Bewegte Zeiten**, Stückpreis 13,90 € **NEU!!!** _____ €

.... Expl. **Der Wollmützenmann**, Stückpreis 11,90 € _____ €

.... Expl. **Matthias Stührwoldt live**, CD, Stückpreis 13,90 € _____ €

.... Expl. **Verliebt Trecker fahren**, Stückpreis 9,90 € _____ €

weitere Bücherwünsche:

zugl. Versandkosten 2,75 €

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Telefon _____ ggf. E-Mail _____

Name _____ Adresse _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bestellung an: ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

(Klein) Anzeigen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 10,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 20,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,-€); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 12,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de, Anzeigenschluss für BS Februar 2007 ist am 17. Januar 2007.

Hof und Arbeit

● LOGO e.V. sucht Öko-Betriebe für sechs- bis zwölfmonatige Fachpraktika von Agrarstudenten aus den Staaten der GUS.

Informationen: www.logoev.de, Kontakt: mennen@logoev.de, ☎ 05484-962222, Fax: -962221

Tiermarkt

● Verkaufte laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

Wohnen

● Suche Wohnung zum Frühj. 07 bei einem Landwirt. Im Erdgeschoss, mit Bus-Halte in der Nähe, mit der Möglichk. später. Ver-

pflung gegen angemess. Vergütung. – Rentner, 74, ev. alleinsthd. Nichtz. gel. Gärtner u. 29 J. Praxis Berglandwirtsch. Deutschd. u. Schweiz. – Mietvorauszahlg. für Renovierg. mögl. Angebote unter CHIFFRE BS 1/07-1

● Junge Fam. (Tierärztin, 29, Agraring. 29, 5 m, 1 m) sucht ab 1.4. Wohnung oder Wohnprojekt mit anderen Menschen, gerne auf einem Hof, im RO/TS. ☎ 0341-2253858, schneiderLukas@web.de

Maschinen

● Pasteur 500 l, gut erhalten, Kistenwaschmasch (Fabr. Thieleke), Käsewanne 300 l, Tisch, Schrank, Zentri-fuge zu verk., ☎ 04223-925454, Mail: peter048@t-online.de

Veranstaltungen

AbL Chiemgau Neue Zuchtstrategien für Milchviehalter

jetzt am 25. Januar 2007,
Kirchweidach

Referent Dr. Thomas Grupp ist Leiter der Besamungsstation Grub.

um 20 Uhr im Gasthof zur Post in Kirchweidach, Veranstalter: Region aktiv Chiemgau-Inn-Salzach und Abl-Regionalgruppe Chiemgau, Andreas Remmelberger, ☎ 08679-6474

Außerfamiliäre Hofübergabe 26. bis 28. Januar 2007, Altenkirchen

Eine Hofübergabe an außerfamiliäre Nachfolger ist ungewöhnlich. Dabei ist das Interesse bei vielen jungen Menschen nach Ausbildung oder Studium der Landwirtschaft durchaus vorhanden. Das Seminar zeigt anhand von Erfahrungsberichten Möglichkeiten auf, wie die Hofübergabe an außerfamiliäre Nachfolger realisiert werden kann. Das Angebot richtet sich an interessierte Bäuerinnen und Bauern, die bereit sind, ihren Hof in andere Hände zu geben, ebenso wie an junge Menschen, die in die Landwirtschaft einsteigen möchten. Vertieft werden Phasen der Hofübergabe, rechtliche Aspekte, Finanzierung der Existenzgründung, gemeinnützige Trägerschaft sowie soziale Aspekte. Das Seminar soll informieren, aber auch Mut machen, den Hof außerhalb der Familie abzugeben, bzw. den Einstieg in die praktische landwirtschaftliche Tätigkeit zu wagen. Politische Multiplikatoren und Entscheidungsträger sind ebenfalls eingeladen, da die Ergebnisse der Veranstaltung langfristig einen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit ländlicher Räume leisten sollen.

Anmeldung: Evangelische Landjugendakademie, Claudia Leibrock, ☎ 02681-951617, Fax: -70206, leibrock@lja.de

Ölwechsel fällig!

26. bis 28. Januar 2007,
Bad Herrenalb

Das Ende des Erdölzeitalters in der nächsten, spätestens über-nächsten Generation wird uns zur Veränderung unserer Art des Wirtschaftens, Konsumierens und auch des gewohnten Lebensstiles zwingen. Es wird höchste Zeit, nach leistungsfähigen und verantwortbaren Alternativen Ausschau zu halten.

Veranstalter: Evangelische Akademie Baden mit dem Verein Deutscher Ingenieure, Anmeldung: ☎ 0721 9175-361, Fax: -350, www.ev-akademie-baden.de

Saatgut-Tagung

27. Januar 2007, Kassel

Entwicklung zur Qualität - Pflanzenzüchtung als Beitrag zur Evolution u.a. mit dem Evolutionsbiologen Prof. Wolfgang Schad sowie ökologischen ZüchterInnen 10 bis 17 Uhr im Anthroposophischen Zentrum, Wilhelmshöher Str. 261, Information: Zukunftsstiftung Landwirtschaft, Oliver Willing, ☎ 0234 5797-141, Fax: -188, E-Mail: willing@zs-l.de

Bio-Schweine: Fit für wachsende Märkte

31. Januar bis 1. Februar 2007,
Loccum

Die Nachfrage nach ökologisch erzeugtem Schweinefleisch wächst so stark, dass die Produktion nicht hinterher kommt. Verbesserungen sind notwendig, um den Bio-Schweinemarkt nachhaltig zu entwickeln. Große ökonomische Reserven liegen in mehr Leistung durch gesündere Tiere. Die internationale Fachtagung bietet Raum und Gelegenheit zum intensiven Austausch mit ExpertInnen und KollegInnen.

Veranstalter: Bioland e.V. in Kooperation mit FAL Institut für ökologischen Landbau, Trenthorst und Die Ökoberater, Mücke, Anmeldung: bis 10.01.2007 im Bioland-Tagungsbüro, ☎ 04262-9590-70, Fax: -50, e-Mail: tagungsbüro@bioland.de

Von der Zweiten Säule zum zweiten Standbein?

02. bis 04. Februar 2007, Loccum

Loccumer Landwirtschaftstagung zur neuen Förderung des ländlichen Raumes. Welche Chancen bietet die neue Förderperiode 2007 bis 2013?

Evang. Akademie Loccum, ☎ 05766 81-0, Fax: -900, www.loccum.de

AbL Hessen Mitgliedertreffen

05. Februar 2007, Marburg

Mitgliedertreffen zu den aktuellen Themen Milch (Josef Jacob), Hess. Landesagrarpolitik (Martin Häusling), Gentechnik (Georg Janßen), und wie arbeitet die AbL in Hessen weiter?

10.30-13.30 Uhr im Waldecker Hof, Bahnhofstr. 23, Marburg, Ansprechpartner: AbL Georg Janßen, ☎ 04131-407757, Martin Häusling, ☎ 05626-921656, info@martin-haeusling.de

Bundestagung Lernort Bauernhof

09. bis 11. Februar 2007,
Altenkirchen

Die Tagung richtet sich an alle Interessierten, die im Betätigungsfeld Lernort Bauernhof arbeiten oder arbeiten wollen, den Austausch und die Diskussion mit Anderen suchen, ihr eigenes Projekt vorstellen oder neue Anregungen und Ideen bekommen wollen, Evangelische Landjugendakademie, ☎ 02681-95160, Fax: -70206, email: info@lja.de.

Was unserer Landschaft schönes blüht!

20. bis 22. Februar 2007, Meißen

Die Fachtagung zeigt Wege eines freiwilligen, partnerschaftlichen Umweltschutzes in der Landwirtschaft auf. Im Rahmen der Abschlussveranstaltung zum Pilotprojekt „Landwirtschaft und Ökologie in der Lommatzcher Pflege“ der Umweltallianz Sachsen Land- und Forstwirtschaft werden Ergebnisse einer erfolgreichen Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen in einem landwirtschaftlichen Gunstgebiet Sachsens präsentiert. Berichte aus

anderen Bundesländern zu dieser Thematik geben einen Blick über den „sächsischen Tellerrand!“

Ansprechpartner: Axel Heinze, Landrat-samt Meißen, ☎ 03521 725730, E-Mail: axel.heinze@kreis-meissen.de

Bio-Eier grenzenlos verfügbar?

21. bis 23. Februar 2007,
Niederlande

Holländische Bauern sind bekannt dafür, dass sie neue Märkte schnell entdecken und in der Produktion professionell arbeiten. So führt die internationale Bioland Geflügeltagung in diesem Jahr in die Niederlande. Bei Bio-Eiern und Bio-Geflügelfleisch kann die Nachfrage kaum gedeckt werden. Doch das große Wachstum findet im EG-Bio-Bereich statt, der mit großen Einheiten Großabnehmer und Discounter jederzeit beliefern kann. Die bäuerliche, verbandsgebundene Ebene fällt anteilmäßig zurück. Auf der Tagung werden alle aktuellen Aspekte der ökologischen Geflügelhaltung angesprochen. Im abschließenden Marktteil wird kritisch diskutiert: Geht Bio immer billiger?

Veranstalter: Bioland e.V., Mainz in Kooperation mit Louis Bolk Instituut, Driebergen, NL, agroeco, Bennekom, NL, Animal Sciences Group, Wageningen, NL und Reudink Biofutter. Anmeldung: bis 26.01.2007, ☎ 04262-9590-70, Fax: -50, E-Mail: tagungsbüro@bioland.de

„Tierische“ Ansprüche im Qualitätsmarkt Bio-Milch

26. bis 27. Februar 2007, Kleve

Der Bio-Milchmarkt boomt bundesweit, doch die Milchpreise sind noch immer unbefriedigend. Auf der internationalen Bioland-Milchviehtagung dreht sich alles um Qualität im Hinblick auf die Tiergesundheit und die ökologischen Anforderungen. Diese Entwicklung wollen die Bio-Milcherzeuger selber praxisgerecht betreiben, bevor sie ihnen von außen auferlegt wird. Die grenznahe Lage des Tagungsortes lädt dazu ein, einen Blick auf die niederländische Milchviehpraxis zu werfen.

Veranstalter: Bioland e.V., Mainz in Kooperation mit der Landwirtschaftskammer NRW, Anmeldung: bis 26.01.2007, ☎ 04262-9590-70, Fax: -50, E-Mail: tagungsbüro@bioland.de

Fortbildung Regionalberatung März 2007 bis März 2008

Die Akademie der Katholischen Landjugend führt zum 14. Mal eine mehrteilige berufliche Qualifizierung für Beratungskräfte in der Regionalentwicklung durch. Die Fortbildung befähigt dazu, beteiligungsorientierte Planungsprozesse zu strukturieren und zielgerichtet zu steuern.

Der Kurs setzt sich aus fünf Blöcken zusammen und schließt mit dem Zertifikat Regionalberater/Regionalmanager ab. Die Blöcke sind auch einzeln zu belegen. Anmeldung: Akademie der Katholischen Landjugend, ☎ 02224 9465-40, Fax: -44, e-mail: akademie@kljb.org, www.akademie.kljb.org

AbL Landesverband
Sachsen, Thüringen

Winterversammlung 2007

Samstag, den 10. Februar 2007

von 11.15 bis 16.00 Uhr auf dem Ziegenhof Lauterbach
Dorfstr. 110, 01833 Stolpen OT Lauterbach

11.15 Uhr: Begrüßung durch Jörg Klemm,
Landesvorsitzender der AbL Sachsen/Thüringen

11.20 Uhr: Praktiker geben Einblick: Hofrundgang mit
Doreen und Rolf Seim inklusive Hofkäserei und Hofladen

13.15 Uhr: AbL-Mitgliederversammlung
mit Bericht von der Arbeit der AbL-Bundesgeschäftsstelle
durch den Bundesgeschäftsführer Georg Janßen

14.45 Uhr: Erfahrungsaustausch und Diskussion
Nach der Agrarreform 2003 - was hat sich für die
bäuerliche Landwirtschaft in Sachsen getan?
Was kann die AbL zukünftig leisten?
Erfahrungsbericht des Biolandwirts Jörg Klemm

**Ansprechpartner: Jörg Klemm, Tel.: 037323 - 50129;
Fax: -15864, Christoph Moormann, Tel.: 0351-84 80 254**

Bei Anreise mit Bus od. Bahn besteht Abhol-Möglichkeit
von Bahnhof Großhartau nach Absprache.

Wunschbaum



Mit einem Wunsch-Weihnachtsbaum hat sich die AbL-Ortsgruppe Burgkirchen an einer Christbaumausstellung der Gemeinde Burgkirchen im Landkreis Altötting (Chiemgau) beteiligt. Als einzige landwirtschaftliche Organisation war die AbL-Ortsgruppe mit dabei und schmückte ihren Baum (mit Doppelspitze) mit Äpfeln, Nüssen, Stroh- und Filzsternen. Zur besonderen Attraktion der Bürger entwickelten sich aber die kleinen Birkenholzscheiben, auf denen die Besucher ihre Weihnachtswünsche schreiben konnten. Der Wunsch-Weihnachtsbaum stand bald im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit und war über und über mit Wünschen behängt ... Was das Christkind damit machte, war vor Redaktionsschluss noch nicht zu erfahren.

Im Bild v.l.n.r.: Elke Hochreiter, Maria Walch, Hubert Hochreiter und Andreas Remmelberger. Foto: Jockenhöfer



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330
Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114
Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147
Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn, Tel.: 05865/988360, Fax: 05865/989361
Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorf, Tel.: 04233/669, Fax: 04233/217774
Elbe-Weser: Ada Fischer, Tel.: 04723/3201, Fax: 04723/2118
Wendland-Ostheide: Horst Seide, Tel.: 05865/1247
Südnieders.: Andreas Backfisch, Tel.: 05508/999989, Fax: 05508/999245

Mecklenburg Vorpommern / Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215
Vorpommern: Albert Wittneben, Tel.: 039604/26859
Brandenburg: Cornelia Schmidt, Tel.: 03879/12518; Erich Degreif, Tel.: 033204/35648; Bernd Hüsgen, Tel.: 033704/66161

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761

Hessen

Mittelhessen: Ernst-Günter Lang, Tel.: 06441/75502, Fax: 06441/975995
Nordhessen: Bernhard Wicke, Tel.: 05665/1403, Onno Poppinga, Tel.: 05673/3540

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ewald Frisch, Tel.: 06522/549, Fax: 06522/933636, E-Mail: ewfrisch@aol.com, Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613

Baden-Württemberg

Landesverband: Josef Bopp, Ulmer Straße 20, 88416 Ochsenhausen, Tel.: 07352/8928, Fax: 07352/941422
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;
Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584
Bodensee: Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Landesverband: Andreas Remmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, E-Mail: Abl-Bayern@web.de; www.abl-bayern.info
Regionalgruppe Pfaffenwinkel: Wolfgang Taffertshofer, Tel.: 08847/804,
Regionalgruppe Chiemgau-Inn Salzach: Andreas Remmelberger, Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, Ute Gasteiger, Tel.: 08039/1635
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, Tel.: 08742/8039
Franken: Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194/8480

Sachsen / Thüringen

Landesverband: Jörg Klemm, Trassenweg 25, 09638 Lichtenberg, Tel.: 037323/50129, Fax: 037323/15864



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:

Adi Lambke, Tel.: 05864/233; Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529

Interessengemeinschaft Boden:

Mecklenburg: Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273; Brandenburg: Bernd Hüsgen, Tel.: 033704/66161, Fax: 033704/66162

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

AbL-Bundesgeschäftsstelle, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053173, Fax: 02381/492221, E-Mail: gentechnikfreie-landwirtschaft@abl-ev.de



Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 87,00 €
 Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 122,00 €
 Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ € zu zahlen
 Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 32,00 €
 Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 57,00 €
 Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ, Wohnort _____

Telefon/Fax _____

E-Mail _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
 Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung
 Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum _____

Unterschrift _____

Die Weihnachtsfrau

Schon wieder war Heiligabend. Und ich hatte ein Problem. Ich hatte der Liebsten versprochen, mich um einen Weihnachtsmann für die Bescherung zu kümmern. Es war noch eine Stunde bis zur geplanten Bescherungszeremonie, und ich hatte noch nicht einmal jemanden gefragt.

Vor zwei Jahren hatte ich es das erste Mal selbst gemacht. Unsere drei großen Kinder waren eingeweiht. Die Show war nur für Carla und Jon, damals sechs und drei Jahre alt. Kurz, bevor wir den Weihnachtsmann erwarteten, musste ich dringend in den Stall. Draußen warf ich mir schnell mein Kostüm über und klopfte an die Tür. Carla öffnete und rannte vor mir her in das schummrig beleuchtete Wohnzimmer. Mit verstellter Stimme sagte ich meine Sprüche auf. Mittendrin schlich sich Carla zu Birte und rief: „Irgendwie erinnert der Weihnachtsmann mich total an Papa! Die Stimme! Und guck mal, die schiefen großen Füße!“ Vor Lachen biss ich in den Plastikbart, aber irgendwie brachte ich meinen Auftritt in Würde zuende und verabschiedete mich.

Beim letzten Mal dann hatte es nur eine Bescherung light gegeben. Wieder hatte ich kurz in den Stall gemusst, und in der Zeit hatte der Weihnachtsmann geklopft, den Sack vor die Tür gestellt und im Weglaufen den enttäuschten Kindern an der Tür zugerufen: „Hoho, ich muss ganz schnell los! Sagt euren Eltern die Gedichte auf!“ Und weg war er. Das hatte zwar geklappt, aber alle waren etwas betrübt gewesen ob dieser glanzlosen Vorstellung.

Diesmal also war klar: Wir brauchten wieder eine richtige Bescherung. Grübelnd saß ich auf dem Trecker. Ich wusste nicht weiter, aber jetzt musste ich erst einmal den Futtermischwagen befüllen. Gerade hatte ich einen Siloblock abgeschnitten, als urplötzlich eine silberfarbene Luxuslimousine an mir vorbeiflog. Sie kam geradewegs von der Autobahn, durchbrach unseren Zaun, segelte zwischen Trecker und Silohaufen hindurch mitten in den knietiefen Modder des Treibweges der Milchkuhe. Dort blieb der Wagen stecken und sah nicht mehr besonders silbern aus.

Ich kletterte aus dem Trecker, um zu schauen, ob jemandem etwas passiert sei. Der Wagen hatte ein schwedisches Kennzeichen. Die Frau, die drinnen saß, fluchte laut. Mit Vollgas versuchte sie, aus dem Modder rauszukommen. Sie buddelte sich

nur tiefer ein. Mir wurde klar: Verletzt war sie nicht, aber sie war auf meine Hilfe angewiesen. Mir kam ein blendender Gedanke.

Sie erblickte mich, öffnete die Tür und begann, aus dem Auto auszusteigen. „Vorsicht!“ wollte ich noch sagen, da verschwanden ihre wahrscheinlich sündhaft teuren, metallisch glänzenden Pumps schon im Modder. Wieder fluchte sie, auf Schwedisch, ich hörte diese ulkigen Kehllaute und freute mich. Ich hatte es offensichtlich mit einer wohlhabenden schwedischen Geschäftsfrau zu tun. Sie trug ein kurzes, dunkelgraues Kostüm, und wenn sie noch lange so stehen bliebe, würde sie bald kalte Füße bekommen.

„Spreken Ssie Deutz?“ fragte sie. „Nee, nur Platt!“, lachte ich. Sie blickte mich traurig an, mit einem fragenden Blick, wie sie wohl aus diesem für sie nicht eben angenehmen Paralleluniversum wieder herauskäme. „Könen Ssie mir hjälpen?“ „Logisch!“, antwortete ich, „Sie stecken ja ganz schön im Dreck! Aber zuerst müssen Sie mir helfen! Ich glaube nämlich, dass der Himmel Sie schickt!“

Sie verstand natürlich nicht. Ich wollte es ihr erklären, aber zuerst musste sie aus dem Modder raus. Als sie ihre Beine rauszog, waren ihre Füßchen nackt. Die Pumps waren im Sumpf kleben geblieben. Für einen Augenblick sah ich ihre rotlackierten Fußnägel. Na, da hab ich einen Fang gemacht, dachte ich, nahm sie und trug sie zum Kuhstall. Sie erzählte, dass sie um halb sieben mit dem Auto in Kiel sein müsse, um die Fähre nach Göteborg noch zu bekommen.



Foto: Mühlhausen

„Okay!“, sagte ich. „Ich Sorge dafür, dass Sie rechtzeitig da sind. Und jetzt habe ich eine Bitte an Sie.“ Und ich erklärte ihr, dass ich dringend einen Weihnachtsmann brauchte. Zur Not nähme ich auch eine Weihnachtsfrau. „Was mus ik maken?“ fragte sie. Und ich erzählte es ihr und holte schnell das Weihnachtsmannkostüm, dicke Socken und meine Gummischlappen. Während sie sich umzog, ging ich rein zum Kaffeetrinken. „Na, hast du dir was einfallen lassen?“ fragte die Liebste spitz, „Dein Karren steckt ja ganz schön im Dreck!“ „Meiner nicht, keineswegs...“, antwortete ich. Erstaunt blickte sie mich an. Ach, ich liebe sie, fühlte und dachte ich plötzlich. Dann klopfte es. Brüllend liefen die Kinder zur Tür. Da stand er, der weibliche schwedische Weihnachtsmann. Unbeholfen stolperte er in die Stube. „Hej hej, Kiender, warrt ihr ssön brav?“ fragte er mit verstellter Stimme. Die arme Schwedin wurde regelrecht mit Weihnachtsgedichten bombardiert. Einmal verrutschte der Bart, und ein großer silberner Ohring und die knallrot geschminkten Lippen wurden sichtbar. Kein Kind bemerkte es. Als alle Texte aufgesagt waren, sangen wir noch ein Weihnachtslied, wie immer in einem äußerst schwierigen achtstimmigen Arrangement. Schließlich verteilte der Weihnachtsmann die Geschenke. Hellrot leuchteten dabei die lackierten Fingernägel seiner feingliedrigen Hände. Als der Sack leer war, entschwebte der Weihnachtsmann grazil stolpernd zurück in die Dämmerung. Fast hätte er dabei seine Schuhe verloren.

„Das war aber eine schöne Bescherung!“ riefen die Kinder und machten sich daran, das neue Spielzeug kaputt zu machen. Ich gab der Liebsten einen zarten Kuss. „Wo hast du die denn aufgetan?“ fragte sie. „Beim Universum bestellt, und dann flog sie direkt vor mir in die Matsche. Und jetzt ziehe ich sie raus.“ Ich verließ das Haus, zog meine Stiefel an und holte den Fendt.

Der Wagen lief noch. Notdürftig wischten wir die Scheinwerfer frei, dann verabschiedeten wir uns.

„Tack sa mycket!“ radebrechte ich. „Vielen Dank!“, hauchte sie. Dann drückte sie mir einen schmierigen Schmatzer auf die Wange; die Spuren des Lippenstifts veranlassten die Liebste, mir bitterböse Blicke zu schenken, aber ich sagte nur: „Kein Grund zur Sorge, Schatz! Das war doch bloß der Weihnachtsmann!“

Matthias Stührwoldt

1/2007

unabhängige bauernstimme: Guten Rutsch!

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Jubiläumspreis von 15,- € bzw. 30,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Name, Vorname

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonentin / des Abonnenten
(bei Geschenkabo Unterschrift des Auftraggebers)

Datum

Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
oder Fax 02381 / 492221